

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)
 Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 50 ₤ (ohne Bestellgeld). :: Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgeber: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands, Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 75 ₤, für Versammlungsanzeigen 50 ₤ die Zeile.

7. Außerordentlicher Verbandstag.

Verbandsauschuß und Zentralvorstand berufen gemäß § 25 Ziffer 1 der Verbandsfassungen einen

Außerordentlichen Verbandstag

auf Freitag, den 29. März 1929, ein.

Tagungsort ist Magdeburg. Tagungsort ist das Restaurant „Freundschaft“, Prälatenstraße 32. Beginn der Tagung 9 1/2 Uhr vormittags.

Tagesordnung:

Stellungnahme zu dem Ergebnis der Verhandlungen über einen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe.

Der Verbandstag wird nur einen Tag dauern; die Delegierten haben sich daher rechtzeitig im Tagungsort einzufinden.

Die Vertretung auf diesem außerordentlichen Verbandstag wird von den zum 25. Ordentlichen Verbandstag gewählten Delegierten ausgeübt.

Die Mandate werden den Delegierten umgehend zugesandt; sie haben diese vom Zahlstellenvorstand bestätigen zu lassen.

Die Delegierten melden sich nach ihrem Eintreffen in Magdeburg im Restaurant „Thüringer Hof“, gegenüber dem Hauptbahnhof; dort wird ihnen Unterkunft nachgewiesen.

Am Hauptbahnhof ist ein Empfangskomitee anwesend.

Der Verbandsauschuß.

J. A.: Hermann Kube.

Der Zentralvorstand.

J. A.: W. Wolgast.

Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe.

Die Verhandlungen sind, soweit es sich um den Reichstarifvertrag handelt, beendet. Ueber das Muster des Lohn- und Arbeitstarifs wird eine Einigung unschwer zu erzielen sein. Sich über die Akkordvereinbarung zu verständigen, können wir den daran beteiligten Verbänden überlassen; unser Verband hat damit nichts zu tun.

Zu unserm Leidwesen können wir den Entwurf eines neuen Reichstarifvertrages noch nicht im Wortlaut veröffentlichen, da er erst am 16. März in später Nachtstunde zusammengestellt werden konnte und bis Redaktionschluß noch nicht vorlag. Er wird in der nächsten Nummer des „Zimmerer“ enthalten sein. Wir müssen uns daher heute auf die Wiedergabe eines kurzen Auszuges beschränken, der vor allem die wichtigsten Punkte und ihre Lösung behandelt.

Vorweg möchten wir noch sagen, daß die Parteien in der Verhandlungskommission noch einmal vier lange Tage miteinander um jede einzelne Position heiß gestritten haben — am 11. und 12. sowie am 15. und 16. März. Mehr als einmal hatte es den Anschein, als sei eine Einigung diesmal unmöglich. Wiederholt wurden die gemeinsamen Beratungen abgebrochen und zwischen den Parteien getrennt verhandelt. Wiederholt haben auch die Kommissionen der einzelnen Verbände für sich getrennt beraten. So konnte ein völliger Abbruch der Verhandlungen vermieden werden.

Unsere Leser kennen aus den Berichten über die vorausgegangenen Verhandlungen die wesentlichen Differenzpunkte. Was die Arbeitszeit anbelangt, so ist es nicht gelungen, die Forderung der Arbeiter, den Achtstundentag im Reichstarifvertrag wieder zu verankern, zur Anerkennung zu bringen. Die Gegenstände der Unternehmer sind bekannt. Auch ihre Forderung, die dahin geht, eine jährliche Arbeitszeit von 2400 Stunden entsprechend zu verteilen. Wir kennen die Wirkung dieser Forderung, und weil wir sie kennen, mußte sie von den Arbeitervertretern bekämpft und abgelehnt werden. Ueber die Arbeitszeit bestimmt der neue Vertragsentwurf folgendes:

„Die vertragschließenden Organisationen verpflichten sich, sofort nach Inkrafttreten des Arbeitsschutzgesetzes in Verhandlungen über die Arbeitszeit im Baugewerbe einzutreten. Wo bisher die Arbeitszeit im Lohn- und Arbeitstarif geregelt war, wird diese Regelung in den auf Grund dieses Reichstarifvertrages abzuschließenden Lohn- und Arbeitstarif übernommen. In den übrigen Tarifgebieten können die bezirklichen Organisationen eine Regelung der Arbeitszeit nur durch freie Vereinbarung treffen.“

Um die Lehrlingsbestimmungen im Reichstarifvertrag konnte lange keine Einigung erzielt werden. Zu Beginn der Verhandlungen lehnten die Unternehmer die Aufnahme von Bestimmungen

über die Lehrlinge in den Vertrag überhaupt ab. Sie haben diesen Standpunkt aufgegeben und sich dazu verstehen müssen, den Forderungen der Gewerkschaften auf Verbesserung der bisherigen Vertragsbestimmungen über Lehrlinge zu einem Teile zu entsprechen. Inwieweit das geschehen ist, mögen unsere Leser selbst nachprüfen. Die Bestimmungen über Lehrlinge laufen jetzt:

Neben den Bestimmungen des Lehrvertrages, die mit den Bestimmungen des § 6 RTV. und des § 3 des Lohn- und Arbeitstarifes nicht in Widerspruch stehen dürfen, gelten für die Lehrlinge nachstehende Bestimmungen; insoweit finden die Vorschriften des Reichstarifvertrages und des Lohn- und Arbeitstarifes auf die Lehrlinge keine Anwendung:

1. Die Entschädigung der Lehrlinge wird im Lohn- und Arbeitstarif (§ 3) prozentual zu dem Tariffundenlohn der Facharbeiter (Vollarbeiter) festgesetzt. Etwasige Zuschläge (insbesondere Beschnerniszuschläge), ferner Auslösung und Wegegeld können im Lohn- und Arbeitstarif (§ 3) vereinbart werden.

2. Die in die Arbeitszeit fallenden Schulstunden einschließlich der Schulwege sind, soweit es sich um Pflichtstunden handelt, wie Arbeitsstunden zu bezahlen.

3. Zu den Verhandlungen über die Festsetzung der Lehrlingsentschädigung im Lohn- und Arbeitstarif können auf Wunsch Handwerkskammern, Innungen und Gesellen-ausschüsse zugezogen werden.

4. Die Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahre 6 Werkstage, in den weiteren Lehrjahren je 4 Werkstage

Ferien.

5. Der Lehrherr ist verpflichtet, möglichst für ständige Beschäftigung der Lehrlinge zu sorgen.

6. Die vertragschließenden Organisationen sind sich darüber einig, daß die begonnenen Verhandlungen über die Herstellung eines angemessenen Verhältnisses der Lehrlinge zur Zahl der Gesellen weiterzuführen sind, um eine übermäßige Beschäftigung von Lehrlingen zu vermeiden. Der Kampf um die Ferien war ein äußerst zäher. Das von den Gewerkschaften erstrebte Ziel, Einrichtung einer Ferienkasse, ist nicht erreicht worden. So mußte alle Kraft darauf gerichtet werden, die bisherigen Bestimmungen zu verbessern, vor allen Dingen Sicherheiten dafür zu treffen, daß den baugewerblichen Arbeitern der erworbene Ferienanspruch nicht auf Umwegen oder durch Schikane streitig gemacht werden kann. Auch hier sind Fortschritte aufzuweisen, wie sie die Fassung des neuen Ferienparagraphen erkennen läßt:

1. Jeder unter diesen RTV. fallende Arbeiter erhält nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen einmal im Kalenderjahr Ferien.

Für diejenigen Arbeiter, die sich noch bei demselben Unternehmer befinden, bei dem sie im Vorjahre Ferien bekommen oder einen Ferienanspruch erworben hatten, betragen die Ferien vier, für die übrigen Arbeiter drei Werkstage.

Im Jahre 1930 erhalten diejenigen Arbeiter, die noch im gleichen Unternehmen tätig sind, bei dem sie in den Jahren 1928 und 1929 Ferien erhalten hatten, fünf Werkstage Ferien.

2. Voraussetzung für den jährlichen Ferienanspruch nach Ziffer 1 ist eine ununterbrochene Zugehörigkeit zu ein und demselben Unternehmen von 36 Wochen (Wartezeit).

a) Die Wartezeit beginnt mit dem Eintritt des Arbeiters in das Unternehmen; für diejenigen Arbeiter, die sich noch in dem gleichen Unternehmen befinden, bei dem sie im Vorjahre Ferien bekommen oder einen Ferienanspruch erworben hatten, beginnt sie jedoch mit dem Tage, an dem der Ferienanspruch für das Vorjahr erworben wurde.

Auch in die Zeit vor Inkrafttreten dieses RTV. fallende Wartezeit wird angerechnet.

b) Muß ein Arbeiter mit der Arbeit aussetzen, ohne entlassen zu werden, so wird die Zeit des Aussetzens auf die Wartezeit angerechnet.

Wird ein Arbeiter wegen Witterung, wegen Materialmangels, Arbeitsmangels, Betriebsstörungen oder Krankheit vor Ablauf der Wartezeit entlassen, aber innerhalb 30 Wochen wieder eingestellt, so wird ihm die vor der Entlassung zurückgelegte Beschäftigung auf die Wartezeit in Anrechnung gebracht.

Erfolgt die Entlassung wegen der Witterung und erfolgt die Wiedereinstellung innerhalb 8 Wochen, so wird auch die Zeit der Unterbrechung auf die Wartezeit angerechnet, jedoch innerhalb jeder Wartezeit nur bis zum Höchstbetrage von 6 Wochen.

c) Tarifwidrige Arbeitsniederlegungen gelten in jedem Falle als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.

Eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses im Sinne dieser Bestimmung gilt als nicht vorliegend, wenn das Fernbleiben von der Arbeit dem Unternehmer zwei Tage vorher gemeldet worden ist, nicht länger als einen Tag gedauert hat, und der Arbeiter von dem Unternehmer, ohne daß dieser von seinem Entlassungsrecht Gebrauch macht, weiter beschäftigt wird.

d) Ein erworbener Ferienanspruch erlischt, wenn er nicht spätestens bei der Auflösung des Arbeitsverhältnisses geltend gemacht wird; er erlischt ferner, wenn der Arbeiter aus einem gesetzlich vorgesehenen Grunde fristlos entlassen wird, bevor er Ferien genommen hat.

3. Wann die Ferien angetreten werden, bestimmt der Unternehmer nach Anhörung der Betriebsvertretung im Rahmen der Betriebsmöglichkeiten. Begründete Wünsche der Ferienberechtigten sind nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die geregelte Fortführung des Betriebes muß sichergestellt sein.

4. Während der Ferien erhält der Arbeiter ein Entgelt in Höhe des bei Beginn der Ferien geltenden Tariffundenlohnes nach einem Satz von acht Stunden täglich.

5. Dem Arbeiter ist untersagt, während der Ferien anderweitige Beschäftigung gegen Entgelt anzunehmen, andernfalls verliert er den Anspruch auf das Ferienentgelt und kann vom Arbeitgeber aus diesem Grunde entlassen werden.

6. Die Vertragsparteien verpflichten sich, diese Ferienregelung bei allen Bauunternehmungen sowie bei allen öffentlichen und privaten Regiebaubetrieben durchzuführen.

Und am Ende die Behandlung von Streitigkeiten. Die ursprüngliche Forderung der Gewerkschaften ging dahin, daß Schiedsprüche der bezirklichen Tarifämter über Löhne, Zuschläge usw. nicht berufungsfähig an das Haupttarifamt seien, bei Ablehnung der von ihnen gefällten Schiedsprüche durch die eine oder andere Partei also Handlungs-

freiheit bestehen sollte. Die Anerkennung dieser Forderung seitens der Unternehmer war nicht zu erreichen. Wobei wir bemerken möchten, daß diese Handlungsfreiheit immer nur eine bedingte gewesen wäre; denn auch nach dem Ausschalten der tariflichen Schlichtungsstellen hätten die amtlichen Schlichtungsstellen jeden Augenblick ein Recht zum Eingreifen gehabt. Es ist nunmehr folgende Lösung gefunden worden: Neben dem Tarifamt, das aus einem Unparteiischen und je vier Beisitzern besteht, wird eine zweite bezirkliche Schlichtungsstelle geschaffen. Sie setzt sich zusammen aus denselben Personen, die das Tarifamt erster Instanz bilden, wird aber durch zwei weitere unparteiische Beisitzer verstärkt. Wenn in dieser verstärkten Zusammensetzung das Tarifamt, nachdem alle Einigungsversuche fehlgeschlagen sind, einen Schiedspruch mit mindestens sieben Stimmen gefallt, so soll dieser Schiedspruch bindend sein, im andern Falle soll als letzte Instanz das Haupttarifamt bindend, und zwar wie bisher, nur über die Spitzenlöhne der Hauptarbeiterkategorien, entscheiden. Die neue Regelung bedeutet einen Abbau der Entscheidungsbefugnis an zentraler Stelle; sie legt das Schwergewicht in die Bezirke.

Die Vertragsdauer ist auf zwei Jahre festgesetzt, bis 31. März 1931. Die Lohnperiode soll ein Jahr betragen.

Auf die übrigen Bestimmungen des Entwurfes können wir heute nicht eingehen. Der Entwurf wird, wie bereits erwähnt, in der nächsten Nummer des „Zimmerer“ veröffentlicht.

Die Entscheidung über den Entwurf fällt für unsern Zentralverband ein Außerordentlicher Verbandstag, der am 29. März in Magdeburg stattfindet.

Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter.

Am 9. März fand in Leipzig eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter statt. Der Verbandsvorsitzende, Kamerad Wolgast, erstattete Bericht über den Stand des Verbandes im Jahre 1928. Der im Jahre 1927 begonnene Aufstieg des Verbandes, der uns eine Mitgliederzunahme von 17,9 % brachte, habe sich, so führte Kamerad Wolgast aus, auch im Jahre 1928 fortgesetzt. Ende 1927 sind in 940 Zahlstellen 101 600 Zimmerer organisiert gewesen. Unser Zentralverband sei dadurch in die Reihe der Großorganisationen aufgerückt. Das Organisationsverhältnis kann als gut bezeichnet werden. Die Mitgliederzunahme im Jahre 1928 habe 9084 oder 9 % betragen. Ende 1928 hatte der Verband in 948 Zahlstellen 110 685 Mitglieder. Die Mitgliederzunahme in unserm Verband sei größer, als das im Durchschnitt bei den übrigen Gewerkschaften im ADGB. gewesen sei. Unser Verband habe die Höchstmittelgliederzahl des Jahres 1922 überschritten; insofern marschiere er unter den baugewerblichen Arbeiterverbänden an der Spitze.

Die Finanzlage des Verbandes kann als befriedigend bezeichnet werden. Der Vermögensbestand der Zentralkasse habe zu Beginn des Jahres 1927 rund 1 553 000 M betragen, dagegen am Ende des Jahres 1928 rund 5 130 000 M. Die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung seien erheblich. Im Monat Dezember 1928 haben die Ausgaben des Verbandes allein für diesen Unterstützungsweig 322 000 M betragen. Insgesamt wurden im Jahre 1928 für Erwerbslosenunterstützung 1 009 000 M ausgegeben. Die Mehrausgabe für Erwerbslosenunterstützung gegenüber dem Jahre 1927 habe 289 000 M betragen. Auch die Ausgaben für Werbe- und Bildungszwecke, für das Verbandsorgan, für Drucksachen und Literatur seien erheblich höher als im Vorjahr.

Unsere Lohnbewegungen seien erfolgreich gewesen. In 24 Lohngebieten sind die Löhne für das ganze Jahr geregelt worden. In 14 Lohngebieten wurde zweimal verhandelt. Die Steigerung des Durchschnittslohnes habe im Jahre 1927 rund 7,7 %, im Jahre 1928 rund 8,1 % betragen. Es sei gelungen, in der letzten Vertragsperiode für 106 549 Verbandskameraden durchschnittlich eine Erhöhung des Stundenlohnes von 15,8 % zu erreichen. Ende 1928 habe der DurchschnittsStundenlohn für Zimmerer 117,1 % betragen.

Der Redner behandelte hierauf Wirtschaftsfragen. Gegenwärtig seien in Deutschland rund 2,5 Millionen Arbeiter erwerbslos. Die Arbeitslosenziffern zeigten noch eine langsame Steigerung. Selbst in dem Krisenjahr 1926 sei die Zahl der Erwerbslosen um eine halbe Million niedriger gewesen. Rund 1 550 000 werden von der Arbeitslosenversicherung unterstütt, 755 000 von der Sonderfürsorge und 155 000 Erwerbslose beziehen Krisenunterstützung. Die Wirtschaftskrise habe ein ungeheures Ausmaß erreicht. Von 19 Millionen Arbeitern und Angestellten waren Mitte 1928 12,9 % Hauptunterstützungsempfänger in einer der vorerwähnten Unterstützungsarten. Der Baumarkt liege vollkommen danieder. Die Arbeitslosigkeit in unserm Verband habe mit rund 70 % den höchsten Stand erreicht, seitdem der Verband Erhebungen der genannten Art veranstaltet. Die durchschnittliche Erwerbslosigkeit in unserm Beruf habe im Jahre 1928 20,2 % betragen. Die Ursachen der Erwerbslosigkeit behandelte der Redner eingehend. Die Sonderfürsorge im Fall berufsunfähiger Arbeitslosigkeit habe mit Recht Veranlassung zur lebhaften Kritik gegeben. Alle Bemühungen unseres Verbandes und der in Frage kommenden Gewerkschaften, eine Aenderung des Gesetzes zu erreichen, seien vergeblich gewesen. Die Entwicklung des Gesetzes für berufsunfähige Arbeitslose und dessen Verabschiedung im Reichstag wurde von dem Referenten ausführlich erörtert. Wiederholt sei im „Zimmerer“ die Stellungnahme des Verbandes in dieser Frage dargelegt worden.

Die Wohnungsbautätigkeit sei zu Anfang des Jahres 1928 wenig günstig gewesen. Der Baumarkt leide noch in starkem Maß an Kapitalmangel. Nachdem es im Laufe des Jahres möglich gewesen sei, Kredite und Baukapital zu etwas günstigeren Bedingungen zu erhalten, habe sich die Bautätigkeit besser gestaltet. Der Gesamtzugang an Wohnungen im Reichsgebiet habe nach einer Schätzung des Reichsarbeitsministeriums im Jahre 1928 rund 300 000 betragen. In Preußen seien 185 000 Wohnungen gebaut worden. Die Wohnungsbautätigkeit sei jedoch in Anbetracht der Wohnungsnot durchaus unbefriedigend. Bestimmte Aussichten für das Baujahr 1929 liegen noch nicht vor. Es sei jedoch zu erwarten, daß die Bautätigkeit infolge des langen Winters demnächst in stärkerem Tempo einsetzen werde. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die an der Bauwirtschaft interessierten Gewerkschaften haben sich erneut mit dem Wohnungsbauprogramm beschäftigt und von der Regierung die Bereitstellung größerer Mittel gefordert. In wenigen Tagen werde der Reichstag das Baukreditgesetz verabschieden. Dadurch sei es möglich, dem Baumarkt 250 Millionen Mark in Form von langfristigen Zwischenkrediten zur Verfügung zu stellen. Der Finanzierung des Wohnungsbaues müsse von der Regierung größere Beachtung geschenkt werden. Nur durch eine starke Belebung des Baumarktes sei es möglich, die Wohnungsnot zu beseitigen, den Bauarbeitern Arbeitsmöglichkeit zu gewähren und die gesamte Wirtschaft zu beleben. Unsere Konjunkturfaktistik zeige, daß es gegenwärtig auf dem Baumarkt, besonders aber im Zimmergewerbe, noch trostlos aussehe.

Die größeren Wirtschaftskämpfe des Jahres 1928 unterzog Kamerad Wolgast einer eingehenden Würdigung. Besonders wurde hervorgehoben der 14 Wochen andauernde Kampf der Werftarbeiter und der Kampf der Metallarbeiter an der Ruhr. Die Kämpfe seien in mancherlei Hinsicht lehrreich.

Wenn wir rückwärtig die Entwicklung unseres Verbandes im Jahre 1928 überblicken, so liege kein Grund zur Unzufriedenheit vor. Wir marschieren! Wir freuen uns der Fortschritte, die wir auf dem Gebiet der Werbearbeit gemacht haben. Gute Erfahrungen habe der Verband mit den Funktionskursen gemacht. Die Aufklärung habe wesentlich beigetragen, dem Verband neue Kräfte dienstbar zu machen. Arbeiten wir mit der alten Energie, so schloß Kamerad Wolgast seine Ausführungen, damit sich den bestehenden Erfolgen neue anschließen.

In der Ansprache wurden die Auswirkungen der Lohnkämpfe und die Organisationsverhältnisse in den verschiedensten Industriezweigen erörtert. Der Bildungsarbeit müsse größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wertvolle Dienste bei der Aufklärungsarbeit habe das Verbandsorgan geleistet. Die Lohnbewegungen der letzten Jahre wurden eingehend besprochen. Hierauf wurden auch die Fragen der Lohnperioden eingehend erörtert. Die erfreuliche Zunahme in der Mitgliederbewegung zeige, daß der Verband mit seiner Schulungs- und Bildungsarbeit auf dem richtigen Wege sei.

Ueber die bisherigen Ergebnisse der Reichstagsverhandlungen berichtete ebenfalls Kamerad Wolgast. In ausführlicher Weise erläuterte der Verbandsvorsitzende das bisherige Ergebnis der Verhandlungen über den neuen Reichstagsvertrag. Stark umstritten sei die Frage der Arbeitszeit. Die Forderungen der Unternehmer in dieser Frage seien so weitgehend, daß eine Einigung fast ausgeschlossen sei. Größere Schwierigkeiten habe auch die Erledigung der Ferien- und Lehrlingsfrage mit sich gebracht. Das endgültige Ergebnis der Verhandlungen in diesen Fragen liege noch nicht vor. Es sei jedoch zu hoffen, daß in der Lehrlings- und Ferienfrage eine Einigung möglich sei. Die Regelung der Polierfrage stehe ebenfalls auf scheinbar unüberwindliche Schwierigkeiten. Nicht nur die Unternehmer, sondern auch der Polierbund mache in dieser Frage ernste Schwierigkeiten. — In seinen weiteren Ausführungen behandelte Kamerad Wolgast die Frage der tariflichen Schlichtungsinstanzen. Die endgültigen Entscheidungen des Haupttarifamtes hätten vielfach starke Unzufriedenheit hervorgerufen. Die Vertragsdauer dürfe nicht zu lang sein. Den Forderungen der Unternehmer, die Tarifperiode auf drei Jahre zu verlängern, müsse mit aller Entschiedenheit widersprochen werden. Kamerad Wolgast behandelte in ausführlicher Weise alle die Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen über die strittigen Fragen zutage getreten sind. Der Widerstand der Unternehmer sei in den meisten Fällen außerordentlich groß. Es stehe noch nicht fest, ob es gelingt, einen Reichstagsvertrag abzuschließen.

Die Diskussion, die sich an die Ausführungen des Kameraden Wolgast angeschlossen, war naturgemäß lebhaft. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Frage der Arbeitszeit, ferner die Ferien- und Lehrlingsfrage. Es wurde betont, daß die Zimmerer Anhänger tariflich geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen seien, jedoch bedürfe der seit herige Tarifvertrag dringend einer Reihe von Verbesserungen. Das Ergebnis unserer Erhebungen in der Ferienfrage gebe Veranlassung, mit allem Nachdruck zu fordern, daß diese Frage eine andere Regelung in dem neu abzuschließenden Tarifvertrag erfahre. In der Arbeitszeitfrage seien die Forderungen der Unternehmer untragbar. Die Kraft der Organisation werde ausreichen, gegebenenfalls Anschläge der Unternehmer auf die Arbeitszeit abzuwehren. Es sei bedauerlich, daß der Polierbund die baugewerblichen Organisationen bei der Erörterung der Polierfragen auszuscheiden beabsichtigt. Es sei notwendig, daß auch künftig der Polierfrage die größte Aufmerksamkeit gewidmet werde. In der Lehrlingsfrage sei das vorliegende Verhandlungsergebnis noch ungenügend. Auch hier müßten weitere Verbesserungen erreicht werden, wenn die Kameraden dem neuen Reichstagsvertrag ihre Zustimmung geben können. Mit besonderer Ausführlichkeit wurde die Frage der tariflichen Schlichtungsinstanzen und ihrer Befugnisse behandelt. Gegenüber dem staatlichen Schlichtungsorgan seien allerdings die tariflichen Schlichtungsinstanzen vorzuziehen. Die Befugnisse des Haupttarifamtes müßten eingengt werden. Auch die Frage der Vertragsdauer wurde angesprochen. Es könne keine Rede davon sein, den Forderungen der Unternehmer nach einer dreijährigen Vertragsperiode zuzustimmen. Im

Schlusswort ging Kamerad Wolgast auf bestehende Unklarheiten ein und konnte die Einmütigkeit der Konferenz in allen Fragen feststellen. Einige faktische Fragen wurden hierauf noch erörtert. Damit erreichte die arbeitsreiche Tagung ihr Ende. — Die Versammlung ehrte noch das Andenken des kürzlich verstorbenen früheren Gauleiters von Oberschlesien, Kamerad Josef Schwob, in der üblichen Weise. Am Sonntagvormittag besichtigten die Teilnehmer der Konferenz unter fachmännischer Führung die Baumeße in Leipzig.

Gewerkschaftliche Jugendleiterkonferenz.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte für den 4. März zu einer Besprechung von Jugendfragen eingeladen, zu der 25 Verbände und 9 Bezirke des ADGB Vertreter entsandten. Zur Erörterung standen das Berufsausbildungsgesetz, Berufsschulfragen und organisatorische Angelegenheiten.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Beratungen des Berufsausbildungsgesetzes referierte der Jugendsekretär des ADGB, Kollege Maschke. Bei seiner Gegenüberstellung des Regierungsentwurfs, der Arbeitgeberforderungen und der Beschlüsse des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates ergab sich, daß dieser wohl in einigen Punkten eine Annäherung an den gewerkschaftlichen Standpunkt vorgenommen hat, daß aber in den wichtigen Fragen der Anerkennung der tariflichen Regelung von Lehrlingsfragen und der Durchführung des Gesetzes kein Fortschritt zu verzeichnen ist. Den im Regierungsentwurf aufgestellten Grundsatz der Gleichberechtigung der Arbeitnehmer, dem nach Ansicht der Gewerkschaften bereits im Regierungsentwurf nicht völlig entsprochen wird, haben die Arbeitgeber und mit ihnen die Mehrheit fallen gelassen, indem sie die Mitwirkung der Arbeitnehmer nur auf bestimmte im Gesetz festgelegte Aufgabengebiete begrenzt wissen wollen. So wichtige Entscheidungen wie die über Anerkennung des Rechts eines Betriebsinhabers zur Lehrlingsausbildung, Entsendung der Beauftragten in die Betriebe zur Kontrolle der Ausbildungs- und sonstigen Verhältnisse, an öffentlichen Stellen zu erstattende Gutachten und andere, will man der gesetzlichen Berufsvertretung, das heißt der Handwerks- und Handelskammer allein überlassen. Charakteristisch ist auch, daß die Mehrheit des Reichswirtschaftsrates das vom Regierungsentwurf den paritätischen Ausschüssen gegebene Recht, Urlaub für Lehrlinge verbindlich festzusetzen, beseitigt hat. Die gewerkschaftliche Forderung nach Einbeziehung der Landwirtschaft fand keine Mehrheit.

Die Ansprache ergab Einmütigkeit darüber, daß das Berufsausbildungsgesetz für die Gewerkschaften völlig wertlos sein würde, wenn die Auffassung des Reichswirtschaftsrates in den beiden Punkten: Stellung des Tarifvertrages und Durchführung des Gesetzes, etwa Geltung erlangen sollte. Bei den kommenden Beratungen im Reichstag ist deshalb auf die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen zu diesen beiden Punkten das Hauptgewicht zu legen. Wohl wurden auch zu der beschlossenen Umwandlung des Verfahrens der Anerkennung der Lehrbetriebe in das der Anerkennung von Bedenkern geäußert, die Gründe für die Umwandlung wurden jedoch von der Mehrheit der Teilnehmer als stichhaltig anerkannt.

Eine kurze Betrachtung der Jugendschutzbestimmungen im Arbeitsschutzgesetz führte zu der Feststellung, daß das Gesetz die Regelung des Urlaubs für Jugendliche nicht bringt. Das ist sehr zu bedauern. Die Konferenz war der Ansicht, daß der Urlaub für Jugendliche nicht, wie es die Begründung zum Arbeitsschutzgesetz tut, als eine Angelegenheit des Arbeitsvertragsrechts anzusehen ist, sondern als ein wesentlicher Bestandteil der gesetzlich zu regelnden Jugendschutzmaßnahmen; darum gehört die Urlaubsgewährung an Jugendliche in das Arbeitsschutzgesetz. Daß der Entwurf den Wochenendfrühschluss für Jugendliche ermöglichen will, wurde begrüßt, doch wurde es für selbstverständlich gehalten, daß der Reichstag die von der Regierung vorgesehene, durch nichts motivierte Grenze von 16 Jahren auf das 18. Lebensjahr erhöht.

Bei der Erörterung der Berufsschulfragen wurde als notwendig bezeichnet, daß die Frage des Lohnausfalls für durch Berufsschulbesuch veräumte Arbeitszeit mehr als bisher tariflich geregelt werden müßte. Die schon bestehenden tariflichen Vereinbarungen hierüber sollen allen Verbänden zur Kenntnis gebracht werden. Ueber den Stand der Gewerbelehrerausbildung gab dann der Bildungssekretär des ADGB, Kollege Hefler, eine ausführliche Uebersicht, die zu eingehender Diskussion führte. Betont wurde hierbei allgemein, daß die Zusammenarbeit der Verbände mit der Lehrerschaft der Berufs- und Fachschulen sowohl zentral wie örtlich noch enger als bisher werden müßte.

Die besprochenen organisatorischen Angelegenheiten betrafen erstens einen 14tägigen Jugendleiterlehrgang an der preussischen Hochschule für Leibesübungen in Spandau, der im Juni dieses Jahres stattfinden soll, zweitens die Unfall- und Haftpflichtversicherung für Jugendveranstaltungen, drittens den Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände sowie viertens die Frage, ob eine gegenseitige Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der Verbände und der Bezirke im ADGB notwendig und möglich sei. Die Konferenz verneinte eine solche Abgrenzung und betonte, daß bei rechtzeitiger gegenseitiger Verständigung über geplante Veranstaltungen Reibungen vermieden werden könnten. Die Absicht, auf einer gemeinsamen Jugendführertagung der Gewerkschaften, Sozialistischen Arbeiterjugend und Arbeiterportler im Mai oder Juni dieses Jahres Fragen der sozialistischen Jugendzueziehung und solche der gemeinsamen Interessenvertretung zu behandeln, wurde gutgeheißen. Die bevorstehende Herausgabe einer Schrift für Mitarbeiter in der Jugendwohlfahrt und Jugendpflege wurde begrüßt und weiter gewünscht, daß eine weitere Schrift über die Mitarbeit an der Berufsschule und über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Jugendkardelle veröffentlicht wird. Mit einer besonderen Ansprache der Bezirksvertreter über ihre organisatorischen Erfahrungen schloß die arbeitsreiche Tagung.

Die große Meißelchau in Leipzig und ihr Ergebnis.

Nun wird in Leipzig die große Industriechau wieder abmontiert. Die Aussteller und Einkäufer sind zum größten Teil nach ihrem heimatlichen Wirkungskreis zurückgekehrt. Die Leipziger Mustermesse ist etwas Eigenartiges, und auf der ganzen Welt ist etwas Ähnliches nicht zu finden. Leipzig hat als Handelsplatz eine alte Geschichte. Seit 800 Jahren finden sich in den Mauern der Pleißestadt Kaufleute aus dem In- und Auslande zusammen, um ihre Waren abzugeben und Geschäftsverbindungen anzuknüpfen. Wie diese Jahrhunderte alte Warenmesse auf die Entwicklung der deutschen Industrie und des Handels eingewirkt hat, ging mit besonderer Deutlichkeit aus einem Lichtbildervortrag hervor, den Herr Direktor Paul Vohs vom Leipziger Meßamt vor Vertretern der Gewerkschaftspresse anlässlich der diesjährigen Frühjahrsmesse gehalten hat.

Eine solche Angelegenheit wie die Leipziger Mustermesse ist nicht eine Angelegenheit einer einzigen Stadt oder des Freistaates Sachsen, sondern des ganzen Deutschen Reiches. Der so dringend notwendige Export deutscher Industriewaren findet durch keine Veranstaltung eine stärkere Förderung als durch die Leipziger Messe. Rund 10 000 Aussteller waren auch diesmal in Leipzig vertreten. Diese setzten sich zusammen aus etwa neun Zehntel Inländern und einem Zehntel Ausländern. Alle Gegenden Deutschlands sind entsprechend dem Umfang ihrer Fertigungsindustrie an der Leipziger Messe beteiligt. Von rund 16 Millionen gewerblichen Arbeitnehmern Deutschlands werden reichlich 2 Millionen, das sind etwa 13 %, in den Betrieben der Leipziger Messeaussteller beschäftigt. In der gesamten Fertigungsindustrie ist der Prozentsatz natürlich noch höher. Zum Beispiel sind nach der Reichsstatistik 64 % der gesamten Arbeitnehmerschaft der feinkeramischen Industrie in Fabriken tätig, die in Leipzig ausstellen.

So konnte der Reichsarbeitsminister, Genosse Wissell, als Vertreter der Reichsregierung auf der Leipziger Messe hervorheben, daß er als Arbeitsminister zu einer Zeit, wo die Arbeitslosigkeit seit dem Befehle des Deutschen Reiches den höchsten Stand erlangte, ein besonderes Interesse an dem Wohlergehen der Leipziger Messe habe. Wissell führte weiter aus: „Jetzt, wo ein Viertel der deutschen Bevölkerung arbeitslos ist, tritt die Aufgabe schaffende Bedeutung der Leipziger Messe sehr in den Vordergrund. Es liegt in der Natur der Sache, daß in Leipzig vorwiegend die Erzeugnisse der Fertigungsindustrie zur Ausstellung gelangen, deren Produkte einen besonders hohen Prozentsatz der Arbeit enthalten. Textilwaren, Glas und Keramik, Maschinen, Spielwaren, Haus- und Küchengeräte, Kurzwaren, Möbel, Bücher, Eisenwaren und viele andere Fertigerzeugnisse treten hier in stets neuere und bessere Gestalt vor das Publikum hin. So ist die Leipziger Messe mehr und mehr zu einer umfassenden und grandiosen Schau der deutschen Arbeit geworden, der deutschen Handarbeit und der deutschen Kopfarbeit, die es verstanden haben, durch immer höhere Leistungen und wechselnde Formen die Kaufkraft des Inlandes und vor allem auch des Auslandes anzuregen.“ Der Minister Wissell zeigte sich besonders erfreut über den starken Aufschwung der Baumeße, die am besten eine Kardinalfrage seines Ressorts zu lösen vermöge, nämlich die Beschaffung billiger und zweckmäßiger Wohnungen. Wenn auch der Wohnungsbau eine Frage der Kapitalbeschaffung sei, so hänge doch die Höhe des Kapitals sehr viel von einer hochentwickelten Bautechnik ab, die durch sparsame und zweckmäßige Bauweise den Geldbedarf sehr wesentlich herabsetzen könne. In diesem Sinne sei besonders die so reichhaltig besichtigte und vielseitige Baumeße zu begrüßen.

Als langjähriger Besucher der Leipziger Messe muß man sich immer wieder wundern, in welcher Weise dieses „Schaufenster der ganzen Welt“ sich verändert. Die Rationalisierung der Industrie, der Fortschritt der Technik und Wissenschaft kann nirgends besser studiert werden, als im Frühjahr und im Herbst in Leipzig. Weil die unermüdlich schaffende Hand- und Kopfarbeit immer neue Formen menschlicher Erzeugnisse hervorbringt, deshalb muß auch das Meßamt für immer bessere Unterkunfts-möglichkeiten der Aussteller sorgen. Heute dienen 43 Meßpaläste im Innern der Stadt und 16 große Hallen auf der technischen Messe den Zwecken, die die Leipziger Mustermesse sich gestellt hat. Darunter befinden sich Messe- und Ausstellungsräume, wie das Ring-Meßhaus, der Petershof und andere, die an Vollkommenheit und auch an architektonischer Schönheit nicht zu übertreffen sind. Die Riesenhallen auf der technischen Messe sind eine Welt für sich. Was dort an Resultaten menschlichen Fleißes und menschlicher Arbeit in diesem Frühjahr aufgestapelt war, muß mit Recht Bewunderung erregen. Die deutschen Hand- und Kopfarbeiter können stolz darauf sein, daß ihre Tätigkeit sich in solcher Weise manifestiert. So etwas läßt sich schwer beschreiben, das muß jeder mindestens einmal gesehen haben.

Die diesjährige Frühjahrsmesse wurde durch das lange Frostwetter sehr ungünstig beeinflusst. Der Kaufkraftausfall durch die harte Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Lähmung der Geschäftstätigkeit hat manchen inländischen Einkäufer von einem Besuche der Messe abgehalten. Hinzu kommen die Beschwerlichkeiten der Reise selbst. Zahlreich angemeldete Einkäufer aus Skandinavien und andern Ländern waren infolge der Reise-schwierigkeiten vom Erscheinen abgehalten. Dennoch waren ausländische Einkäufer in fast der gleichen Zahl wie im Frühjahr 1923 erschienen. Es dürfte zu teilweise guten Geschäften mit dem Auslande geführt haben. Die Auslands-kundschaft suchte vor allem Neuheiten, von denen sie sich Abzug auf ihren Märkten versprach. Besonders stark vertreten waren auf der diesjährigen Frühjahrsmesse: Frankreich, Holland, Belgien, England und von Uebersee besonders Nord- und Südamerika. Wenn auch Geschäfte nicht direkt auf der Messe selbst getätigt wurden, so werden sie doch zu nachträglichen Bestellungen geführt haben.

Es würde zu weit führen, die so äußerst zahlreichen Branchen und deren Geschäftsergebnisse hier besonders anzuführen. Im ganzen war es eine Mittelmesse. Die geschäftlichen Erfolge sind naturgemäß sehr verschieden.

Es wird Aussteller gegeben haben, die ein gutes geschäftliches Ergebnis mit nach Hause nehmen können; wieder andere werden minder gut oder schlecht abschneiden. Immerhin wird die Leipziger Frühjahrsmesse als An-kurbelung der deutschen Inlands-konjunktur gelten können. Das Geschäft wäre noch wesentlich größer, namentlich soweit das Ausland in Frage kommt, wenn eine Preisermäßigung für die meisten Produkte zu verzeichnen gewesen wäre. Es ist nun einmal so, daß billige Preise für gangbare und in der Qualität gute Industriewaren die beste Anregung zur Kaufkraft sind. Aber eins hat man auf der diesjährigen Messe feststellen können. Die deutsche Industrie bemüht sich, wirklich gute Qualitätswaren herauszubringen. Und das war es schließlich auch, was zum wesentlichen Gelingen der Geschäftsabschlüsse beigetragen hat.

Wie billige Preise für die Geschäftstätigkeit anregend wirken, konnte man auf den tschechoslowakischen, österreichischen und italienischen Ausstellungen deutlich beobachten. Infolge der niedrigen Löhne dieser Länder sind die Industrieprodukte derselben billiger als die in Deutschland erzeugten. Kein Wunder mithin, daß die Aussteller aus diesen Staaten teilweise sehr gute Geschäfte in Leipzig machen konnten. Es ist eine Aufgabe der internationalen Sozialpolitik, dafür zu sorgen, daß die Schmutzkonkurrenz durch die niedrigen Löhne mehr und mehr verschwindet. Die Lohnentwicklung in den Industriestaaten mit höheren Realloöhnen wird durch ein solches Dumping in empfindlicher Weise gehemmt.

Wenn wir unsere Betrachtung über die große Industriechau in Leipzig schließen, so wollen wir nicht verabsäumen, des Empfangs lobend zu gedenken, den das Leipziger Meßamt den Vertretern der Gewerkschaftspresse bereitet hat. Durch die dargebotenen Vorträge, Führungen und Erklärungen war es den Gewerkschaftsredakteuren möglich, ein umfassendes Bild von der Leipziger Messe zu gewinnen. Die ganze Aufmachung einer solchen Riesenschau macht dem Organisationsstalent der leitenden Personen des Meßamts alle Ehre. Auch die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten haben alle Ursache, einer Veranstaltung wie der Leipziger Messe ihre Sympathie entgegenzubringen. Letzten Endes ist es das Resultat ihrer Arbeit, das den Menschenmassen aus allen Kulturländern in so plastischer Weise gezeigt und durch die Leipziger Messe in alle Welt getragen wird.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Ergebnis der Delegiertenwahlen zum 25. Verbandstag.

In den selbständigen Wahlabteilungen wurden nachfolgende Delegierte gewählt:

1. Wahlabteilung (Berlin): Wilhelm Kepschläger, Paul Schill, Adolf Ihm, Hans Brose, Fritz Butte, Otto Jager, Erich Wundersee, Emil Dieckh, Paul Brauer.
2. Wahlabteilung (Dresden): William Luther, Fritz Cämenz, Alfred Klinke, Erich Wagner, Hermann Dehmichen, Max Walther, Hugo Göhe, Hermann Thomas, Hugo Zippmann.
3. Wahlabteilung (Hamburg): Heinrich Steinfeldt, Hermann Reimers, Heinrich Liebetrau, Hans Pauling, Robert Stäker, Joachim Hinz, Rudolf Löwe.
4. Wahlabteilung (Chemnitz): Konrad Mally, Alfred Morgenstern, Kurt Halfer, Richard Ungehum.
5. Wahlabteilung (Leipzig): Adolf Oschaf, Carl Stroebel, Fritz Fröhlich, Gustav Morgenstern.
6. Wahlabteilung (München): Hans Reitberger, Josef Eichinger, Fritz Dressel.
7. Wahlabteilung (Wreslau): Robert Gasche, Konrad Fritsch, Reinhold Elsner.
8. Wahlabteilung (Frankfurt a. M.): Philipp Wilhelm, Albrecht Ege, Georg Ebert.
9. Wahlabteilung (Bremen): Erich Caspar, Karl Rolke.
10. Wahlabteilung (Stettin): Wilhelm Franzjask, Karl Sasse.
11. Wahlabteilung (Mannheim): Karl Wörner, Leonhardt Wäffeler.
12. Wahlabteilung (Magdeburg): Robert Rogge, Karl Juff.
13. Wahlabteilung (Königsberg i. Pr.): Hermann Riedel, Ernst Krüger.
14. Wahlabteilung (Stuttgart): Fritz Köfbecke, Karl Buck.
15. Wahlabteilung (Dortmund): Bernhard Borchert, Franz Anderson.
16. Wahlabteilung (Danzig): Ferdinand Dorlowski, Bernhard Westphal.
17. Wahlabteilung (Kiel): Heinrich Marten, Johannes Möller.
18. Wahlabteilung (Nürnberg): Michael Rappel, Johann Heid.
19. Wahlabteilung (Bielefeld): Hermann Pehlke.
20. Wahlabteilung (Quisburg): Richard Helbig.
21. Wahlabteilung (Düsseldorf): Rudolf Hennig.
22. Wahlabteilung (Erfurt): Louis Görbing.
23. Wahlabteilung (Essen): Peter Kappes.
24. Wahlabteilung (Freiberg i. Sa.): Heinrich Böhme.
25. Wahlabteilung (Gleiwitz): Fritz Winkler.
26. Wahlabteilung (Halle): Hermann Förster.
27. Wahlabteilung (Hannover): Hermann Remde.
28. Wahlabteilung (Hirschberg i. Schl.): Richard Jäkel.
29. Wahlabteilung (Kamen): Emil Seidel.
30. Wahlabteilung (Kassel): Paul Siebert.
31. Wahlabteilung (Köln): Konstantin Mack.

32. Wahlabteilung (Lübeck): Hermann Paetau.
33. Wahlabteilung (Oppeln): Franz Scheithauer.
34. Wahlabteilung (Pflauen i. W.): Rudolf Reifhaus.
35. Wahlabteilung (Saarbrücken): Heinrich Hoffmann.
36. Wahlabteilung (Senftenberg): August Schulze.
37. Wahlabteilung (Waldenburg i. Schl.): Bruno Scholz.
38. Wahlabteilung (Wesermünde): John Ostermann.
39. Wahlabteilung (Zittau): Otto Tannert.
40. Wahlabteilung (Zwickau): Arno Weigel.

Ergebnis der Stichwahlen.

(Die Zahlen geben die für die Kandidaten abgegebenen Stimmen an. Die durch Sperdruck hervorgehobenen Namen sind die in den Wahlabteilungen gewählten Delegierten.)

41. Wahlabteilung: Fritz Pohl (Gumbinnen) 124, Fritz Menz (Insterburg) 327.
43. Wahlabteilung: Emil Schwedland (Eilsit) 187, Paul Schadwinkel (Wehlau) 164.
47. Wahlabteilung: Walter Schiebel (Köslin) 323, Paul Schulta (Lauenburg i. P.) 166.
50. Wahlabteilung: Paul Wulffgram (Anklam) 276, Karl Engelbrecht (Greifswald) 222.
52. Wahlabteilung: Otto Trost (Doberan) 142, August Wünger (Rostock) 98.
54. Wahlabteilung: Wilhelm Schröder (Gnoien) 117, Friedrich Warkentin (Teterow) 169.
56. Wahlabteilung: Edwin Manja (Grevesmühlen) 193, Hermann Stübl (Hagenow) 148.
58. Wahlabteilung: Jürgen Behrens (Neumünster) 146, Wilhelm Jäger (Plön) 138.
59. Wahlabteilung: Johannes Druwe (Elmsborn) 226, Karl Jörn (Lauenburg) 79.
62. Wahlabteilung: Wilhelm Gätgens (Pinneberg) 143, Max Schaller (Verden) 77.
67. Wahlabteilung: Heinrich Neelen (Celle) 278, Georg Rauch (Soltau) 101.
68. Wahlabteilung: Hermann Wisniewski (Hagen) 143, Joseph Kemper (Herne) 214.
69. Wahlabteilung: Wilhelm Pöhler (Bückeburg) 220, Amandus Ott (Münster) 173.
76. Wahlabteilung: Hermann Stof (Ravensburg) 121, Ernst Groß (Ulm) 157.
79. Wahlabteilung: Anton Brandner (Berchtesgaden) 71, Paul Pöhlingen (Miesbach) 259.
90. Wahlabteilung: Fritz Mecke (Göttingen) 235, Adam Ring (Sand) 164.
92. Wahlabteilung: Fritz Rosenberger (Langenbielau) 197, Josef Scholz (Neurode) 134.
96. Wahlabteilung: Paul Handke (Freyhan) 181, Oswald Maschke (Wohlau) 5.
100. Wahlabteilung: Bruno Pohl (Forst) 74, Heinrich Schenker (Spremburg) 80.
103. Wahlabteilung: Karl Matthes (Langenöls) 118, Paul Franke (Lauban) 159.
107. Wahlabteilung: Willy Adler (Oelsnig) 38, Hans Beck (Schwarzenberg) 162.
110. Wahlabteilung: Fritz Seidel (Crimmitschau) 147, Georg Siegel (Meerane) 47.
111. Wahlabteilung: Max Fröhlich (Burgstädt) 117, Paul Fischer (Glauchau) 122.
113. Wahlabteilung: Max Peppers (Döbeln) 154, Max Friedrich (Leisnig) 205.
114. Wahlabteilung: Otto Thierschmann (Oschaf) 120, Wahlabteilung: Richard Peißch (Groißsch-Pegau) 140, Franz Willnow (Lützen) 64.
125. Wahlabteilung: Karl Schönfeldt (Angermünde) 252, Otto Dacke (Templin) 198.
126. Wahlabteilung: August Krause (Neuruppin) 211, Albert Schulz (Wusterhausen) 188.
127. Wahlabteilung: Wilhelm Heise (Kremmen) 76, Franz Schuff (Welfen) 242.
128. Wahlabteilung: Emil Possin (Cüstrin) 106, Max Eitner (Meseritz) 76.
131. Wahlabteilung: Georg Enskonatus (Fürstentwalde) 272, Max Molitor (Königswusterhausen) 229.
134. Wahlabteilung: Richard Franke (Belzig) 174, Peter Asmussen (Jüterbog) 330.
135. Wahlabteilung: Emil Mittelstraß (Coswig) 103, August Gladiß (Dessau) 185.
138. Wahlabteilung: Karl Waschleben (Bernburg) 251, Fritz Usbeck (Cöthen) 135.
141. Wahlabteilung: Arno Müller (Rudolstadt) 189, Otto Queck (Steinach) 209.
142. Wahlabteilung: Otto Frische (Pößneck) 200, Hermann Lämmerzahl (Saalfeld) 167.
144. Wahlabteilung: Georg Günscht (Frankenhausen) 274, Franz Meißelbach (Weimar) 219.
145. Wahlabteilung: Caspar Hornung (Salzungen) 174, Friedrich Strohn (Tiefenort) 229.

Gegen die Wahlergebnisse in der 97. und 122. Wahlabteilung waren begründete Einsprüche erhoben. Der Zentralvorstand ordnete in diesen Wahlabteilungen eine nochmalige Wahl an. Das Ergebnis dieser Wahlen ist:

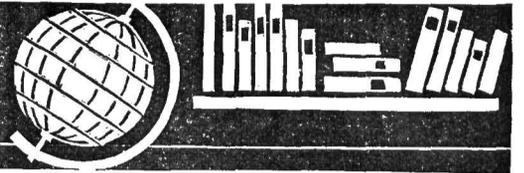
97. Wahlabteilung: Julius Hornig (Glogau) 170, Karl Kapitschke (Grünberg) 163, Hermann Dartsch (Neufals) 1.
122. Wahlabteilung: Georg Peter (Merseburg) 138, Fritz Wögel (Quersfurt) 50.

116. Wahlabteilung: Gegen die Delegiertenwahl ist begründeter Protest erhoben. Der Zentralvorstand hat daher die Wahl für ungültig erklärt und eine Neuwahl angeordnet.
Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen

Gesperit sind die gesamten Arbeiten auf dem Gut Trenthorst, Zahlstelle Bad-Oldesloe.

UNTERHALTUNG WISSEN



Abhärtung.

Ernst Preczang

Die dicken blauen Finger des kleinen Kaufmannslehrlings zitterten vor Frost, als er von dem harten Schweizerkäse dünne Scheiben abfädeln wollte. Das große Messer gehorchte den steifen Gliedmaßen nur sehr widerwillig.

„Sie frieren hier auch wohl rein zueinander,“ sagte Frau Pulz mit einem mitleidigen Kopfschütteln.

Der Lehrling preßte die Lippen zusammen und legte sich mit dem Gewicht seines Oberkörpers auf das widerstrebende Messer. „Oh, es ist nicht so schlimm, Frau Pulz.“

„Davon weiß doch Ihr Herz auch nichts, was Sie da sagen.“ Sie wandte sich zu einer eben eingetretenen Kundin, die von einem Fuß auf den andern stampfte. „Was, Frau Gensel? Das ist bloß 'ne angenehme Maikühle hier?“

Frau Gensel wickelte sich fester in ihr Umschlagetuch: „Schlimmer kann's auf 'n Nordpol auch nicht sein.“

„Und den ganzen Tag: Tür auf, Tür zu!“

„hm. Der Zug — das ist's eben.“

„Naja, n' kleinen Schnupfen hab' ich ja“, gab der Lehrling zu. „Und 'n Husten werd' ich im Winter überhaupt nicht los.“

„Kein Wunder!“

„Nee, wahrhaftig nicht!“ Frau Pulz kramte in ihrem Portemonnaie. „Wenn's bloß bei Schnupfen und Husten bleibt! Aber — aber!“ Sie zahlte und packte ihre Ware ein.

„Sie sind gewiß zufrieden, wenn abends die Bude zugemacht wird und Sie in die warmen Federn kriechen können“, wandte sich Frau Gensel an den Lehrling, nachdem sie ihm ihre Wünsche angegeben.

„Na, das kann ich Ihnen sagen!“ Mit einer Kraftbewegung stieß er die kleine Holzschaufel ins Butterfaß. „Wenn man nur nicht schon wieder um sechs heraus müßte! Das ist erst eklig des Morgens.“ Er klatschte die Butter mit der Schaufel zusammen. „Und dann bis um neun Uhr abends fast ganz allein im Laden bedienen! Höchstens 'ne kleine Mittagspause!“ Er nickte wichtig den Frauen zu.

„Na“, sagte Frau Gensel, „wenn keine Kunden hier sind, setzen Sie sich doch wohl da rein.“ Sie wies auf eine mit weißen Gardinen verhängte Glastür.

„Jawoll!“ Der Lehrling zog die Lippen schief. „Das gibt's nicht!“

„Was?“ Beide Frauen riesen's entrüstet.

„Das erlaubt mein Prinzipal nicht“, erwiderte der Kleine mit gedämpfter Stimme. „Es paßt sich nicht, sagt er. Ich müßte mich ja zu gern mitunter so'n bißchen aufwärmen. Aber — er hob die Achseln — Ihr Feld ist der Laden, sagt er. Ich habe sie nicht engagiert, um hintern Ofen zu hocken, sagt er.“

„Du hörst's aber auf!“ rief Frau Gensel.

Auch Frau Pulz hatte ein scharfes Wort auf der Zunge, als der Kaufmann grüßend aus der Glastür trat. Ein warmer Hauch strömte in den Laden. Der Kaufmann schüttelte sich fröstelnd und rieb sich anhaltend die Hände. „Eine Eiskellertemperatur hier! Jaja! Wir Kaufleute haben besonders unter der Kälte zu leiden.“

„An Ihrem warmen Ofen werden Sie's ja wohl aushalten,“ sagte Frau Pulz trocken. „Aber der Kleine hier! Den hab ich noch nie aus der Stube da kommen sehen.“

Der Kaufmann lächelte verlegen. „Liebe Frau Pulz! In dem Alter! Als ich so jung war — glauben Sie mir: ich hab noch viel mehr aushalten müssen! Mir sind oft beide Ohren erfroren! Tattächlich! Und es tut mir nicht leid — nicht im geringsten. Das bekommt einem sehr gut in dem Alter. Unfre heutige Jugend wird viel zu sehr verwöhnt. Vor jedem Windhauch will man sie behüten! Das ist verkehrt! Ganz verkehrt! Ein großer Fehler! Unserer hat sich abgehärtet! Abgehärtet bis auf die Knochen!“

„Darum bibbern Sie auch so! — Abend.“ Frau Pulz schlug die Laden tür hinter sich zu.

Der Kaufmann sah ihr verwundert nach. „Frau Pulz hat da eine ganz falsche Meinung. Abhärtung! Abhärtung! Da geht nichts drüber, Frau Gensel.“

„Für die Abhärtung danke ich!“ sagte Frau Gensel und packte ihre Waren ein.

In diesem Moment trat ein dicker, pausbäckiger Junge von dreizehn Jahren über die Schwelle der Glastür: „Ich denke, wir wollen Puff spielen, Papa?“

Der Kaufmann drehte sich entsetzt um: „Gustav! Junge! Wirst du machen, daß du in die Stube kommst! Unvernünftiger Bengel! Du willst dir wohl eine Lungenentzündung hier in dem eiskalten Laden holen!“ Er drängte den Knaben eiligst in die Stube.

„Abhärtung! Abhärtung!“ lachte Frau Gensel. —

Film- und Lichtbildfragen.

Am 5. März kamen auf Einladung des AOB. Vertreter der Gewerkschaften zusammen, die mit Film- und Lichtbildwesen zu tun haben. Eingeleitet wurde die Zusammenkunft durch ein Referat des Kollegen Timm vom Holzarbeiterverband über „Möglichkeiten und Grenzen von Lichtbild und Film in der gewerkschaftlichen Jugend-, Bildungs- und Werbearbeit.“

Wie in Amerika seit längerer Zeit, so haben in den Nachkriegsjahren auch die deutschen Tageszeitungen und neuerdings unsere Gewerkschaftspresse der bildlichen Darstellung weiten Raum gegeben. Der Grundsatz ist leicht zu verstehen: Schneller als das Wort wird das Bild verstanden.

Bildbeilagen erhöhen aber nicht nur die Anziehungskraft der Presse, die Veranschaulichung des gesprochenen Wortes ist auch ein wertvolles Hilfsmittel für unsere Bildungsarbeit. Wieweil verständlicher und interessanter kann ein Vortrag durch ein Lichtbild gestaltet werden, es ist daher bereits unentbehrlich geworden.

Das Gerüst.

Ein Zimmermann war's: blauäugig, breit; sein Schopf am Schädel war blond gehißt. Der schwang seine Axt; kein Werk ward ihm leid, er schaffte das schwierigste Arbeitsstück! Der flog wie ein Pfeil hinaus und zurück, war noch so hoch und steil ein Gerüst.

Und war ein Nichtst, so hand er den Strauß ans höchste Gebälk, vom Sturmwind geküßt. Die Menschen unten, wie klein sah'n sie aus! Doch eine war darunter, die hatte ihn lieb, die zitterte, wenn er's zu waghalsig trieb, arg um ihn und stand voll Angst am Gerüst.

Und hatten sich gern fürs Leben die zwei, — so gern, daß die Liebe den Alltag vergißt, mit Not und mit Sorgeneierlei. Sie wollten den Hausstand gründen bald. Der Wind ging in Stößen, kurz und kalt, ums Dachgestühl und Balkengerüst . . .

Der Sturm stieß hart, pfiß wild zum Tanz, und jacherte über den Balkenriß, und zerrte herunter den bunten Kranz. Der Blonde griff zu — verlor den Hal, und stürzte, ob fest er auch ans Holz sich gekralft, kopfüber hinunter das Gerüst . . .

Und lag am Boden. Sag starr und stumm. — Und ein Schrei gellte auf, den keiner vergißt! Ein Frauenschrei. Und ein Grauer ging um . . . Und ein Körper warf sich in bitterster Not hin über den Blondkopf. Der aber blieb tot . . . Und der Sturm sang orgelnd hoch im Gerüst!

Ludwig Lesfen.

Noch größeren Einfluß als das Lichtbild hat aber der Film. In Amerika gibt es bereits 20 500 Kinos, in Deutschland 5013, selbst in Rußland bestehen bereits 3944. In Amerika besuchen wöchentlich 100 Millionen Menschen ein Kino. In Deutschland verfügen die 5013 Kinos über 1 900 000 Sitzplätze. Diese Zahlen zeigen, daß das Kino schon eine bedeutende Macht darstellt. Jugenberg hat diesen neuen Machtfaktor richtig eingeschätzt und sich maßgebenden Einfluß auf die Produktion von Filmen gesichert. Es wird offen und verdeckt im Film politische und antisoziale Propaganda im Sinne der kapitalistischen Ordnung getrieben. Die katholische Kirche hat die Bedeutung des Films ebenfalls erkannt und auf einem internationalen Kongreß beschlossen, eine Organisation auf internationaler Grundlage zu schaffen, um zu versuchen, die großen Spielfilme mit katholischem Inhalt zu erfüllen. Der Redner betonte die Notwendigkeit, auch einen Einfluß der Arbeiterschaft auf den Film zu sichern. Dazu sind die Gewerkschaften als die maßgebende Organisation der Arbeiterschaft berufen. Nach einer Schilderung der technischen Vervollkommnung des Films (Tonfilms) machte der Vortragende Vorschläge für die Aufgaben die der AOB. und die Verbandsvorsände auf dem Gebiet des Film- und Lichtbildwesens im Interesse der gewerkschaftlichen Bildungs-, Jugend- und Werbearbeit erfüllen müssen. Es müsse beim AOB. eine Beratungsstelle für alle Fragen der Apparat- und Bildbeschaffung und für die Filmherstellung geschaffen werden. Auf die allgemeine Filmproduktion ist Einfluß zu nehmen. Die ergebige Aussprache zeigte, daß die Verbände bereits in erheblichem Maße mit Lichtbild und Film arbeiten. Als wünschenswert wurde bezeichnet, daß überall durch die Ortsausschüsse des AOB. für eigene Vorführungsapparate gesorgt wird. Die Stellung zum eigenen Gewerkschaftsfilm wurde als noch nicht abgeschlossen bezeichnet; es wurde geäußert, daß es zweckmäßiger sei, brauchbare Filme zu kaufen als selbst welche herstellen zu lassen. Der Ausbildung von Lichtbildnern und Vorführern müsse mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werden.

An die für alle Teilnehmer sehr aufschlußreiche Besprechung schloß sich eine Besichtigung der neuesten Aufnahme- und Vorführungsapparate sowie eine Vorführung von Tonfilmen.

Scheinheilige Mufferei.

Im „Proletarier“, dem Organ des Fabrikarbeiterverbandes, lesen wir folgende Abhandlung:

In dem vom Jugendbund der Evangelischen Gemeinschaft in Deutschland herausgegebenen „Christlichen Bundesboten“ nimmt ein „Besorgter“ zu der neuen Frauenmode Stellung. Er schreibt:

„Du liebes, junges Mädchen, bedenke doch, wes Geistes Kind du bist! Das weltliche Mädchen trägt heute in der herausfordernden Kleidung schon ein Zeichen des Antichristentums. Willst du da mitmachen? Dann zeigst du offen, daß du auch dem Antichristentum hulbigst. Wodurch unterscheidest du dich denn sonst noch von den Kindern dieser Welt? Vielleicht nur noch durch deine frommen Redensarten? Man muß die Gotteskinder heute schon an der Kleidung und an der Haartracht erkennen. Es ist die höchste Zeit, daß wir endlich erkennen, wie weit wir in der Kleiderfrage mit der Welt gehen dürfen. Es muß für uns eine Grenze geben, über die wir nicht hinübergehen dürfen, nein, nicht hinübergehen wollen, unserm Heilande zuliebe. Wenn manche junge Mädchen wüßten, was für eine sündliche Verheerung sie durch ihre Kleidung in den Herzen und Hirnen junger Männer anrichten, sie würden endlich den Saum ihres Kleides herunterlassen und das

andere Anstoßregende an ihrer Kleidung vermeiden. Darum auf zur Tat! Zeige der armen, irreführten Welt, was dein Heiland aus dir machen konnte. Das Wort: „Ich will dich segnen, und du sollst ein Segen sein“, gilt auch dir! Du sollst und kannst für deine Umgebung ein Segen sein, wenn du praktisch zeigst, wie ein Gotteskind aussehender muß. Ein reiner Leib, ein züchtiges Auge und ein anständiges Kleid gehören zur Fierde eines rechten Christenmenschen.“

Wie eine Jungfrau sein soll, behandelt ein Traktat einer Berner Missionsgesellschaft. Es heißt da:

„Eine rechte Jungfrau muß sein wie die Glocken am Karfreitag: still und eingezogen. Wie eine Orgel: sobald sie auch nur angetastet wird, schreit sie laut. Wie eine Spitalsuppe: die hat nicht viel Augen; also soll eine Jungfrau auch nicht viel herumgaffen. Wie ein Spiegel: wenn man dem ein klein wenig zu nahe kommt und ihn anhaucht, so macht er ein finsternes Gesicht. Wie eine Eule: die kommt sehr wenig ans Tageslicht. Wie ein Licht, das in einer Laterne eingeschlossen viel sicherer ist als außer derselben. Besonders aber wie eine Schildkröte: diese ist allezeit zu Hause, da sie ihr Haus mit sich herumträgt; also soll eine rechte Jungfrau sich meistens zu Hause aufhalten zur Vermeidung aller bösen Gelegenheiten. Denn die Jungfrauen, die immer auf Weg und Gassen sich sehen lassen, sind vor losen Schelmen nicht sicher.“

Du liebes, junges Mädchen, lache herzlich über dieses Wortgebimmel, sie können dich heute nicht mehr verbrennen.

1000 wertvolle Bücher umsonst!

Am 22. März 1929, dem „Tag des Buches“, veranstaltet die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, ein Preisausschreiben, für dessen Teilnehmer sie eintausend Exemplare des von der Kritik begeistert anerkannten Romans „Zum Lande der Gerechten“, von Ernst Preczang, Format 15 + 25 cm, 215 Seiten, in Ganzleinen, Buchschmuck von Kurt Reibetanz, ausloßt.

Verlangen Sie von den Geschäftsstellen und örtlichen Vertrauensleuten der Büchergilde Gutenberg oder von deren Zentralstelle in Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, unter dem Stichwort „Preisausschreiben“ die kostenlose Zustellung des neuesten Prospektes dieser Buchgemeinschaft und lösen Sie an Hand dieses Prospektes folgende Preisaufgabe: Schreiben Sie untereinander die Namen 1. des Verfassers von „Oliver Twist“, 2. des größten dänischen Märchenerzählers, 3. des Verfassers von „Der Kraftbondon“, 4. des bedeutendsten Autors der Büchergilde, 5. des Verfassers von „Der ewige Garten“, 6. den Titel eines ungarischen Liebesromans, 7. den Namen des Autors von „Welt werde froh“, 8. den Namen des Autors von „Sonnentage“, 9. den einzigen russischen Namen, den der Prospekt enthält, 10. den Vornamen eines bekannten Reiseführers, 11. den Namen des Autors von „Der Krieg um den Wald“, 12. den Titel eines humorvollen Reisebuches, 13. den Namen der Verfasserin von „Liebe ohne Hoffnung“, 14. den Titel eines Buches von Colin Ross. — Die ersten Buchstaben dieser Zeilen ergeben von oben nach unten gelesen den Titel des meistbegehrtesten Buches von Traven.

In fünf Minuten haben Sie diese Aufgabe gelöst, wenn Sie sich des Prospektes bedienen. Schicken Sie die Lösungen von 1 bis 14 und das Endergebnis unter dem Stichwort „Preisausschreiben“ an die Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5, und zwar bis spätestens zum 31. März 1929. Die Auslosung der Bücher erfolgt am 5. April 1929, und anschließend werden die Bücher an die eintausend glücklichen Gewinner versandt. — Da zu erwarten ist, daß eine rege Beteiligung einsetzt, werden Sie gut tun, die Lösung der Preisausgabe baldigst einzusenden.

Was mancher nicht weiß.

Das Sauerland umfaßt nicht weniger als 22 Talsperren. Die beiden größten sind die Edertalsperre mit 202,4 Millionen und die Möhnetalsperre mit 130 Millionen Kubikmeter Wasserinhalt.

Im ganzen werden 2976 verschiedene Sprachen und Dialekte gesprochen. Von den hauptsächlich gebräuchlichen 860 Sprachen werden 84 in Europa gesprochen, 153 in Asien, 424 in Nord- und Südamerika, 117 in Ozeanien.

Wie die Männer sein sollen.

Die Männer sollen sein wie die Löwen, so stark und kühn — und wiederum nicht wie die Löwen, die Tag und Nacht brüllen.

Die Männer sollen sein wie ein Schornstein, stolz in die Höhe strebend — und wieder nicht wie ein Schornstein: Immerfort rauchend.

Die Männer sollen sein wie die Eichen, so unbeugsam und fest von Charakter, und wieder nicht wie die Eichen: so viel Feuchtigkeit auffaugend.

Die Männer sollen sein wie ein Buch, so interessant und spannend in der Unterhaltung und wieder nicht wie ein Buch: Alle Geheimnisse ausplaudernd.

Die Männer sollen sein wie ein Schmetterling, so freundlich anzusehen, so emsig und fleißig — und wieder nicht wie ein Schmetterling: So viel Flatterhaftigkeit zeigend.

Die Männer sollen sein wie ein Kater, liebevoll und schmeichelnd dem schönen Geschlechte gegenüber — und wiederum nicht wie ein Kater sich nächstherweile herumtreiben.

Berichte aus den Zahlstellen

Uken a. d. Elbe. Nach Eröffnung der Versammlung berichtete der Vorsitzende über das vergangene Jahr. Er führte aus, daß im verfloffenen Jahre 12 Monats- und 2 außerordentliche Versammlungen stattgefunden haben. Der Versammlungsbesuch betrug im Durchschnitt 55 bis 60 %. An 16 Kameraden, die mehr als 10 Versammlungen besucht hatten, wurde eine einmalige Unterstützung in Höhe von 2 M. gewährt; außerdem an 2 Kameraden, die invalide sind, eine Unterstützung von 5 M. Die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse belaufen sich auf 1546,55 M. Die Lokalkasse hatte 574,10 M. Einnahme und 507,61 M. Ausgaben. Am Quartalschluß 1927 betrug der Kassenbestand 178,10 M. und am Quartalschluß 1928 244,59 M. Im vergangenen Jahre sind 467,20 M. an Erwerbloslo ausgezahlt worden. Der Mitgliederbestand hat sich im Laufe des Jahres von 50 auf 54 Kameraden, darunter 6 Lehrlinge, erhöht. Am Jahreschluß waren 30 Kameraden erwerblos. Der Stundenlohn konnte von 102 auf 105 S. erhöht werden. Auch ist im verfloffenen Jahre in unserer Zahlstelle eine Jugendabteilung gegründet worden. Die Baufähigkeit war im Orte sehr mäßig, deshalb waren viele Kameraden genötigt, auswärtig Arbeit zu suchen. Erfreulich ist es, daß sämtliche Zimmerer von Uken organisiert sind. In dieser Versammlung war auch der Gauleiter Kamerad Schmidt anwesend, der in einem Referat die Entwicklung des Tarifvertrages ausführlich behandelte.

Berlin und Umgegend. Am Sonntag, 3. März tagte in Havelands Festsälen unsere Zahlstellenversammlung in der unter anderem der Jahresbericht des Vorstandes auf der Tagesordnung stand. Nach Eröffnung gedenkt der 1. Vorsitzende, Kamerad Repschläger, der im 4. Quartal und der 62 im verfloffenen Jahre verstorbenen Kameraden; die Verstorbenen erhalten ihre letzte Ehrung in der üblichen Weise. Zu der gedruckt vorliegenden Quartalsabrechnung gibt Kamerad Ihm als Kassierer einige Erläuterungen der Positionen, worauf auf Antrag der Revisoren dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Der Geldverkehr des Jahres 1928 betrug an Einnahme für die Zentralkasse 392 786,53 M. Der Lokalkassenbestand stieg von 34 120,71 M. am Schluß des Jahres 1927 auf 57 017,55 M. trotzdem an Notfall- und Weihnachtsunterstützung im 4. Quartal 17 139,10 M. zur Auszahlung gelangt sind. Den folgenden Geschäftsbericht für 1928 gibt Kamerad Repschläger und beschränkt sich, auf Grund des ausgeleiteten 96 Seiten starken gedruckten Berichtes, auf die wichtigsten Punkte. — Redner führt aus, das verfloffene Jahr stand unter dem Zeichen des Reichstatarifvertrages. Von 1925 bis zum Herbst 1928 wurden im Kapitalerport bereits wieder 3 1/2 Milliarden Mark nach dem Ausland gebracht. Nach den Unternehmerberichten wird in der Bauwirtschaft das Jahr 1927 als sehr gutes und 1928 als gut bezeichnet. Unter dieser bestimmten Voraussetzung drängten auch die Unternehmer vor zwei Jahren zu einem Tarifabschluß. Es war jedoch nicht möglich, die vorhandenen Arbeitskräfte zu beschäftigen. Als arbeitslose Zimmerer waren auf dem Fachnachweis eingetragen: November 1927 1120, Januar 1928 1671, März 1258, Juni 470, September 371, November 837 und im Dezember 1700, ein Zeichen dafür, daß die Arbeitszeit herabgesetzt werden muß und die 45-Stunden-Woche vorerst im Tarifvertrag verankert wird. — Mit Befriedigung stellt der Vorsitzende fest, daß es dem Ansturm der Unternehmer in Groß-Berlin nicht gelang, die Arbeitszeit über 46 1/2 Stunden hinaus zu verlängern. Ohne Feststellung einer geregelten Arbeitszeit muß der neue Reichstatarifvertrag abgelehnt werden. — Das reale Einkommen hat sich trotz zweimaliger Lohnregelung nicht gehoben. Die etwa achtprozentige Lohn-erhöhung ist durch die Preissteigerung vollständig ausgeglichen. — Die straffe Organisation in geschlossener Front habe weitere Verschlechterungen der Zimmerer abgewendet. Redner fordert unermüdetes Weiterarbeiten in der Stärkung der Organisation, denn gerade für 1929 ziehen böse Gewitterwolken herauf. Der Vorsitzende schildert dann die Durchführung der Lohnbewegungen, zu der die Unternehmer mit aller Wucht nur jährliche Lohnfestsetzungen, besonders unter dem Druck der Schwerindustrie, verlangen. Die im „Jahresbericht“ der Unternehmer befristete Ruhe soll durch jährliche Lohnperioden gestärkt werden. Daß die bei Lohnverhandlungen vorgetragene schlechte Geschäftslage der Unternehmer nur Heuchelei ist, beweist der Redner durch folgende Tabelle über Dividenden und Kursstand bei folgenden Firmen:

	Dividenden		Kurs am	
	1927	1928	7.1.	24.1.
	%	%	1927	1928
Allgemeine Häuserbau (Sommerfeld)	10	12	135	147
Berger, Tiefbau	20	20	306	391,50
Dyckerhoff & Widmann	6	8	99	114
Berliner Baugesellschaft (Haberland-Konzern)	20	22	—	—
Industriebau Feld & Franke H. G.	10	12	136	140
Heilmann & Littmann	8	10	—	109
Ph. Holzmann	7	9	68	130
Lenz & Co. (Allgemein. Baugesell.)	10	10	—	156,50
Wapf & Freytag	10	10	—	131,50

Eingehend schildert der Vorsitzende dann die Spaltung des Lohnkartells, wodurch in der Herbstlohnbewegung BÖB. und Christen 20 S., Zimmerer, Maschinisten und Heizer 30 S. Lohnherhöhung forderten. Dies Verhalten des BÖB. wird als Förderung der Akkordzeit bezeichnet. Der Lohn der Facharbeiter des Baugewerbes steht 22 % am Reallohn von 1913 zurück. Klar wurde dies vor dem Haupttarifamt in München nachgewiesen. Die dann mit der Frühjahrsbewegung erreichte Lohnherhöhung von 8,37 % steht in keinem Verhältnis zu den Profiten der Unternehmer. — Dieselbe Kritik wie gegen die Haltung des BÖB. bei der zweiten Lohnbewegung wurde angeführt bei dem Abschluß des Bezirksstarifvertrages. Im weiteren wird der Wohnungsbau behandelt. Die Wohnungsnot habe erheblich zugenommen. Ueber 200 Wohnungen sind 1928 weniger als 1927 gebaut worden. Allein in Berlin fehlen jetzt 200 000 Wohnungen. Die bürgerlichen Vertreter der Parlamente richten sich nach dem Wahlpruch des Bau- und Häuserspekulanten Haberland: „Willst Dich an Divi-

denden laben, kannst Du nicht billige Wohnungen haben!“ Redner erläutert dann die Bildung des Fachauschusses mit den acht Fachabteilungen. Nachdem der Nachweis vom 1. Oktober 1928 von der Reichsanstalt übernommen wurde, ist auch der Kamerad Jäger rückwirkend als Vermittler ange stellt worden. Im verschärften Maße muß von der Arbeiterschaft der Melde- und Benutzungszwang seitens der Unternehmer gefordert werden. Bisher sind höchstens 50 % der zur Verfügung stehenden Arbeitslosen durch den Nachweis vermittelt worden. Der Bauarbeiterbeschäftigung muß weiter ausgebaut werden; ungeheuerlich ist noch die Zahl der vorkommenden Unfälle. Allein auf der Untergrundbahn-Baufstelle Frankfurter Allee der Firma Untergrund-Baugesellschaft sind im Jahre 1928 263 Unfälle und 1 Todesfall zu verzeichnen. — Von den 26 in Berlin tätigen städtischen Baukontrolleuren gehören 4 unserer Organisation an. Der Ortsvorstand wird in Verbindung mit dem jetzigen Bauarbeiterbeschäftigungssekretär alles veruchen, diese Zahl zu erhöhen. Die Agitation unter der Jugend wurde rege betrieben, doch war es nicht möglich, alle Lehrlinge der Organisation zuzuführen. Hier muß auf allen Arbeitsstellen mitgeholfen werden. Die von den Unternehmern betriebene Lehrlingszuchterei und Ausbeutung muß mit reiflicher Erfassung aller Lehrlinge in unserer Organisation beantwortet werden. Dagegen hat die Mitgliederbewegung insgesamt gute Fortschritte zu verzeichnen. Von den in der Statistik am 25. August 1928 in 702 Betrieben erfaßten 5844 Zimmerern waren: 96,5 % Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer, 1,5 % Syndikalisten, 0,4 % im Polierbund, 0,1 % im Christlichen Bauarbeiterverband, 0,2 % im Industrierverband (Kaifer), 0,3 % in sechs andern Verbänden, 0,5 % unorganisierte Gesellen, 0,5 % unorganisierte Lehrlinge. Der letzte uns noch Fernstehende muß für unsere Organisation gewonnen werden. — Der Mitgliederbestand am Schluß des Jahres 1928 betrug 6270, wovon 348 Jungkameraden zur Jugendgruppe gehören. Die im Tarifvertrag enthaltene Ferienregelung kam nur einem geringen Teil der Mitglieder zugute. Im Jahre 1927 hatten 27 % und 1928 nur 26 % unserer Kameraden Ferien erhalten. Eine umfangreiche Tätigkeit war auf dem Gebiete des Rechtsschutzes vom Vorstand zu erledigen. Vor dem Innungsschiedsgericht, Arbeits-, Landesarbeits- und Amtsgericht wurden 421 Klagen geführt, wozu 709 Termine und 812 Poffenstunden notwendig waren. Die geldlichen Forderungen in den 421 Fällen betragen 17 382,69 M., erreicht wurden 16 132,86 M. In 80 Fällen mußte Zwangsvollstreckung vorgenommen werden. Dazu ist der seit 1926 gegen die Firma Siemens-Baunion von der Baustelle Limmrick (Jrlang) geführte Prozeß mit vollem Erfolg beendet worden. Nach 17 Terminen mußte die Firma an 11 Kameraden 47 942,73 M., dazu 6669,86 M. Gerichtskosten, zahlen. — Aus den Streitfällen des Tarifvertrages waren 159 Lokaltermine, 38 Tarifamtsitzungen in 66 Fällen und 50 Schlichtungskommissionssitzungen mit 153 Fällen notwendig. Der Vorsitzende sagte zum Schluß, daß der bisherige Vorstand glaubt, alles getan zu haben, was den Kameraden und der organisierten Bauarbeiterschaft zum Vorteil war und fordert alle Kameraden auf, auch in diesem Jahre ihre Pflicht zu tun im Sinne des Klassenkampfes und der Einheit. Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen im kommenden Jahre geschaffen werden. Mit den Worten: „Kameraden, auf zu neuen Kämpfen im neuen Jahr“, schließt der Redner den Bericht. In der regen Diskussion konnten, trotz Versuch einiger Kameraden, die Tätigkeit des Vorstandes zu kritisieren, keine Gründe vorgebracht werden. Als Material glaubt ein Kamerad die Schreibweise des „Mitteilungsblattes“ und die noch nicht reifliche Erfassung der Einzelheiten in unserer Organisation gefunden zu haben. — Diese Einwände wurden von der Mehrzahl der Redner zurückgewiesen, da bisher nur den Mitgliedern und der Gewerkschaftsbewegung dienende Artikel gebracht wurden, und die Tätigkeit des Vorstandes in allen Fragen gebilligt. Im Schlußwort zeigte der Vorsitzende die Halslosigkeit der versuchten Kritik einiger Kameraden und erläuterte auf Verlangen das Zustandekommen des Sonderfürsorgegesetzes im Reichstag. — Folgender, inzwischen eingebrachte Antrag gelangt nunmehr zur Abstimmung und gegen 11 Stimmen zur Annahme. „Die am 3. März 1929 tagende Zahlstellenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend, spricht dem bisherigen Vorstand für seine Tätigkeit im Jahre 1928 das vollste Vertrauen aus.“ Der Antrag auf Aenderung der Schreibweise des „Mitteilungsblattes“ wird gegen wenige Stimmen abgelehnt. Es folgt hierauf nach Vorschlag die Aufstellung der Kandidaten zu der am Sonntag, 10. März, stattfindenden Urwahl des Vorstandes, wozu 20 Kameraden die Kandidatur annehmen. — Zur Durchsicht des Wahlmaterials wird eine aus 11 Kameraden bestehende Zählkommission gewählt. Die nunmehr zur Beratung stehenden Abänderungsanträge zu dem in Nr. 4 des „Zimmerer“ veröffentlichten Satzungsentwurf des Zentralverbandes sind im „Mitteilungsblatt“ Nr. 3 vom März 1929 zusammenge stellt werden und nach eingehender Aussprache, die auch in allen Bezirken erfolgte, unter Hinzufügung eines in der Lehrlingsversammlung angenommenen Antrages gegen Ausbeutung und Lehrlingszuchterei in der Abstimmung gegen eine Stimme angenommen. — Nach dem Hinweis zur regen Propaganda und Besuch der am 5. März 1929 stattfindenden Mitgliederversammlung wird darauf die vollzählig besuchte Delegiertenversammlung geschlossen.

Chemnitz. In der Reichsunfallverhütungswoche veranstaltete die Bauarbeiterbeschäftigungskommission einen Vortrag mit Lichtbildern zur Bekämpfung der Unfallgefahren. Der große Museumsaal war gut besetzt. Recht bezeichnend für die sächsische Regierung ist, daß sie mitten in der Propaganda für die Reichsunfallverhütungswoche an den Aufbau von Baukontrolleuren in der Kreishauptmannschaft geht. Dieses Vorgehen wurde entristet zurückgewiesen. Die Ansicht der Bauarbeiter kommt in beiliegender Resolution zum Ausdruck.

Die am 28. Februar im Museumsaal tagende Bauarbeiterversammlung nimmt Stellung zur Bekämpfung der Unfälle auf Bauten. Die Versammlung stellt fest, daß eine der ersten Bedingungen zur Bekämpfung der Unfälle

die Ueberwachung der bestehenden Schutzvorschriften ist. Um diese Ueberwachung erfolgreich zu gestalten, werden seit mehr als zehn Jahren für jede Amtshauptmannschaft Kontrollreure aus Bauarbeiterkreisen gefordert. Die Regierung hat dieser berechtigten Forderung nicht Rechnung getragen. Es ist jetzt endlich soweit, daß jede Kreishauptmannschaft, die noch keinen Kontrollreure hat, einen solchen bekommen soll. In der Kreishauptmannschaft Chemnitz sind seit etwa acht Jahren zwei Baukontrolleure tätig, die fruchtbringende Arbeit geleistet haben. Diese beiden Baukontrolleure habe je zwei Amtshauptmannschaften zu bearbeiten. Eine Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf noch weitere Gebiete ist bisher von den gesetzlichen Körperschaften, und auch von der Bauarbeiterbeschäftigungskommission Chemnitz und Umgegend, wegen ihrer Ueberlastung abgelehnt worden. In der Kreishauptmannschaft Chemnitz sind zwei Amtshauptmannschaften, die räumlich außerordentlich ausgedehnt sind und keiner Kontrolle unterworfen sind. Für diese beiden Amtshauptmannschaften wird schon seit langer Zeit durch die Bauarbeiterschaft von der Regierung gefordert, daß Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen eingesetzt werden. Wie verlautbart, soll von den beiden viel zu sehr überlasteten Baukontrolleuren auch noch einer in eine andere Kreishauptmannschaft, ohne daß für die freigewordene Stelle Ersatz gestellt wird, versetzt werden. Dagegen protestiert die heutige Versammlung auf das schärfste. Unter keinen Umständen darf in der bisherigen Ueberwachung der Bauten eine Verschlechterung eintreten. Obwohl die berechnigte Forderung der Bauarbeiterschaft der Regierung bekannt ist, wird diese trotzdem nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Regierung beabsichtigt eine Verschlechterung der Bauaufsicht in der Kreishauptmannschaft Chemnitz. Die Bauarbeiterschaft ruft der Regierung zu: Hände weg von einer Verschlechterung des Bauarbeiterbeschützes. Sie fordert für jede Amtshauptmannschaft einen Kontrollreure aus Arbeiterkreisen.

Frankfurt am Main. Am 24. Februar fand im Gewerkschaftshaus die Zahlstellenversammlung statt. Anwesend waren 69 Delegierte aus den verschiedenen Bezirken der Zahlstelle sowie der Gauleiter, Kamerad Maul, und vom Zentralvorstand Kamerad Sauer. Die Tagesordnung der Versammlung war außerordentlich umfangreich. Der Vorsitzende, Kamerad Wilhelm, erstattete nach Erledigung der üblichen Formalitäten den Jahresbericht, dem sich der Kassenbericht anschloß, der vom Kameraden Scheuermann erstattet wurde. Im Anschluß an die Berichte konnten die Revisoren mitteilen, daß die Kasse vierteljährlich geprüft und in besserer Ordnung sei. Dem Antrag auf Entlastung des Kassierers und des Gesamtvorstandes wurde einstimmig zugestimmt. Die Aussprache über den Geschäftsbericht des Vorsitzenden und des Kassierers war lebhaft. Daß der Lokalkassenbestand sich erhöht habe, wurde von allen Diskussionsrednern begrüßt. Es konnte festgestellt werden, daß der Vorstand voll und ganz seine Pflicht erfüllt habe. Von einem Redner wurde hervorgehoben, daß unser Verbandsorgan wertvolle Aufträge enthielt, die größte Beachtung verdienen. Die Ausführungen aller Diskussionsredner waren streng sachlich. Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung wurde die Wahl des Zahlstellenvorstandes vorgenommen. Ein Antrag des Bezirks Frankfurt, der sich mit der Neubesehung des Vorstandes beschäftigte und Veränderungen wünschte, wurde abgelehnt. Der seitherige Vorstand wurde gegen wenige Stimmen wiedergewählt. Im Anschluß hieran fand die Wahl der Delegierten zum Verbandstag statt. Gewählt wurden die Kameraden Ph. Wilhelm, Albrecht Ege, Georg Ebert. Auch die Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz wurde vorgenommen. Die seitherigen Delegierten wurden einstimmig wiedergewählt. Eine lebhafte Debatte rief die Aenderung des Zahlstellenregulativs hervor. Hierzu hatten die Bezirke Hanau, Feschenheim, Griesheim, Enkheim und Frankfurt am Main Anträge gestellt. Auch der Zahlstellenvorstand hatte beantragt, einzelne Bestimmungen des Zahlstellenregulativs zu ändern. Entsprechend den Anträgen des Vorstandes wurden die Abänderungsvorschläge zum Zahlstellenregulativ angenommen. Im nächsten Punkt der Tagesordnung wurde über die Erhöhung des Lokalbeitrages debattiert. Die Erhöhung des Lokalbeitrages macht sich notwendig, weil auf Grund eines Beschlusses des Ortsauschusses ein neues Gewerkschaftshaus gebaut werden soll. Der Vorstand begründete die Notwendigkeit des Gewerkschaftshausneubaus, weil die seitherigen Räume den Bedürfnissen der Frankfurter Arbeiterschaft nicht mehr entsprechen. Es wurde beschloffen, den Lokalbeitrag um 10 S. zu erhöhen. Einige andere Anträge, die sich mit örtlichen Angelegenheiten befaßten, wurden dem Vorstand überwiesen. Hierauf wurden die Anträge aus den Bezirken behandelt, die sich mit dem Verbandstag befaßten. Ein Antrag aus dem Bezirk Bischofsheim wurde von den Vertretern des Bezirks zurückgezogen, da dieser Antrag nicht in der Bezirksversammlung beraten, sondern von einer politischen Partei eingereicht wurde. Zu den Sitzungen lagen ebenfalls Anträge der Bezirke Griesheim und Mörfelden vor. Der Vorstand konnte feststellen, daß die Anträge zum Teil durch die Vorlagen des Zentralvorstandes überholt seien. In Anbetracht der vorgeschriebenen Zeit mußte der Vortrag des Kameraden Sauer über „Die Grundfragen der Gewerkschaftspolitik“ ausfallen. Im Punkt Verschiedenes wurde die Einteilung der Arbeitsämter im Wirtschaftsgebiet Frankfurt am Main kritisiert. Der Vorstand wurde beauftragt, den zuständigen Stellen die Wünsche der Zimmerer zu übermitteln. Auch die Berechnung der Unterstützungsklasse führe nach der seitherigen Methode zu Schwierigkeiten. Von einem Bezirk wurde verlangt, daß an Stelle der Diplome die Mitglieder durch ein besonders ausgefallenes Verbandsbuch geehrt werden müssen. Abschließend hieran gab Kamerad Sauer einen Bericht über den Stand der Verhandlungen über den neuen Reichstatarifvertrag. In seinen Ausführungen schilderte der Redner die Schwierigkeiten, die sich bei den neuen Verhandlungen ergeben haben. Strittig sei vor allen Dingen die Frage der Arbeitszeit, die Urlaubsfrage, die Frage der Betriebsvertretung sowie die Lehrlingsfrage. Ueber den Gang der Verhandlungen seien die Kameraden hinreichend durch die Mitteilungen im „Zimmerer“ informiert. Es müsse Auf-

gabe der Kameraden sein, lebhaften Anteil zu nehmen an allen Verbands- und Organisationsfragen. Die Ausführungen des Kameraden Sauer wurden mit Beifall aufgenommen. Nachdem Kamerad Wilhelm die anwesenden Delegierten ermahnt hatte, tatkräftig am Aufbau der Organisation mitzuwirken und dafür zu sorgen, daß die Unorganisierten restlos dem Verbandszugeführt werden, fand die Versammlung ihren Abschluß. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralvorstand der Zimmerer und die Zahlstelle Frankfurt konnte die gut verlaufene Versammlung nach achtkündiger Dauer geschlossen werden.

Freiberg i. S. Am 3. Februar fand unsere Jahreshauptversammlung statt. Der Mitgliederzahl entsprechend war die Versammlung nur mäßig besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der im verfloffenen Jahre verstorbenen Kameraden in üblicher Weise geehrt. Kamerad Böhme gab den Geschäftsbericht. Der Kassenbericht lag jedem Kameraden schriftlich vor. Zum Punkt „Neuwahlen“ wurden der erste Vorsitzende, der erste Kassierer und die beiden Schriftführer wiedergewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden neugewählt. Auch bei den Revisoren fand eine Ergänzungswahl statt. Sämtliche Wahlen waren einstimmig. Der in einer vorher stattgefundenen Lehrlingsversammlung gewählte Jugendleiter wurde von der Versammlung bestätigt. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Gauleiter Kamerad Köhler, Dresden, der in der Versammlung anwesend war, sprach sich in der Debatte über die Tätigkeit der Zahlstelle Freiberg sehr zufriedenstellend aus und betonte, daß es kein Fehler gewesen sei, vor 2 Jahren den Kameraden Böhme von der Arbeit freizustellen. Nur dem sei das Anwachsen der Mitgliederzahl und die guten Kassenverhältnisse zu danken. Als Delegierte zum Verbandstag wurden Kamerad Böhme und als Ersatzmann Kamerad Leonhardt mit Mehrheit gewählt. Ueber das Gesetz „Sonderfürsorge für Saisonarbeiter“ hielt Kamerad Böhme einen Vortrag. In einer Wandtafel wurde in mehreren Beispielen die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung und Krisenfürsorge geschildert. Gauleiter Kamerad Köhler ergänzte das Referat durch die neuesten Entscheidungen. Die Bestimmungen wurden von den anwesenden Kameraden recht kritisch aufgenommen.

Fürstentum Walde. Am 16. Februar tagte im Volksgarten unsere Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und wies auf die reichhaltige Tagesordnung hin. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal und die Mitgliederbewegung im verfloffenen Jahr bekannt. Die Mitgliederzahl ist von 127 auf 143 gestiegen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Ueber den Punkt: Anträge zum Verbandstag, wurde viel debattiert und auch ein Antrag gestellt. Kamerad Enskonasus sprach noch kurz über die Eindrücke in Ahlbeck und wies darauf hin, daß hier am Orte noch viel Arbeit zu leisten ist. Im Punkt Kartellbericht wurde über den Bau des Volkshauses berichtet. Mit dem Bau soll in diesem Sommer begonnen werden. Das Volkshaus ist notwendig, weil kein Saal für große Versammlungen hier am Orte vorhanden ist. Für den Bau aufzubringende Gelder werden den Mitgliedern durch Anteilscheine gutgeschrieben und später ausgelöst. Bemängelt wurde noch, daß hier auf den Plätzen viel zu wenig von dem Betriebsratgehalt Gebrauch gemacht wird. In dieser Sache soll auch in diesem Jahre mehr geschehen, als das bisher der Fall war; damit wird auch die Ferienfrage besser durchgedrückt werden. Unter Verschiedenes wurden noch örtliche Angelegenheiten erledigt. Wegen vorgerückter Zeit erfolgte Schluß der Versammlung.

Göppingen. In der Mitgliederversammlung am 16. Februar hielt Kamerad Volk, Stuttgart, an Stelle des verhinderten Gauleiters, einen Vortrag über „Das Tarifrecht“. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Im Anschluß hieran fand ein Lichtbildervortrag statt über „Unfallverhütung im Hochbau“. Dieser Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Im Punkt Verschiedenes wurde beantragt, daß die ausgekauerten Kameraden eine besondere Unterstützung aus der Lokalkasse erhalten sollen. Der Antrag wurde jedoch von der Versammlung abgelehnt. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, daß durchreisenden Kameraden in Zukunft keine Unterstützung mehr aus der Lokalkasse erhalten können, da nahezu alle Kameraden der Zahlstelle arbeitslos sind. Anschließend fand die Auszahlung der Unterstützung statt.

Halle an der Saale. In der Versammlung am 23. Februar referierte Kamerad Respschlager über den „Reichstarifvertrag für das Baugewerbe“. Zu Beginn seiner Ausführungen erörterte der Redner den Satzungsentwurf des Verbandes. Diese Frage wurde jedoch am Schluß der Versammlung behandelt. In Hand eines Jahresberichtes der Unternehmer konnte der Redner feststellen, daß der Reichstarifvertrag den gewünschten Frieden im Baugewerbe gebracht habe. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Unternehmer mit der Einrichtung des Haupttarifvertrages zufrieden waren. Die Forderungen der Unternehmer gingen dahin, diesen Instanzen größere Vollmachten zu geben. Unter keinen Umständen dürfe eine derartige Regelung im neuen Reichstarifvertrag erfolgen. Der Redner erläuterte weiter den feitherigen Gang der Verhandlungen über den neuen Reichstarifvertrag, über den ausführlich im „Zimmerer“ berichtet wurde. Auch die Forderungen der Kameraden zu dem neuen Reichstarifvertrag behandelte der Redner. In ausführlicher Weise wurden nochmals unsere Forderungen bezüglich der Arbeitszeit, des Lohnes und der sonstigen Bestimmungen betont. Akkordarbeit sei abzulehnen. In der Diskussion behandelte Kamerad Förster noch die Fragen der Arbeitszeit und der Rationalisierung. Unbedingt sei eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. Im Anschluß an diese Ausführungen gab Kamerad Respschlager einen Bericht über die Beratung der Sonderfürsorge im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages. Die Versammlung protestierte gegen dieses neue Gesetz. Im Punkt Verbandsangelegenheiten wurde zu dem Entwurf des Statuts Stellung genommen. Die vom Vorstand vorgelegten Abänderungsvorschläge wurden einstimmig angenommen. Nachdem verschiedene örtliche Angelegenheiten erledigt waren, konnte die Versammlung geschlossen werden.

Kronach in Bayern. In der Versammlung am 24. Februar, die in Steinwiesen stattfand, referierte Kamerad Sauter von der Gauleitung über die geschichtliche Entwicklung sowie den Zweck der Gewerkschaften. In der Versammlung, die gut besucht war, nahmen auch Bauarbeiter teil. Der Redner verstand es in ausgezeichnete Weise, die Aufgabe zu erfüllen, die er sich in seinem Referat gestellt hatte. Die Notwendigkeit der Gewerkschaften müsse selbst von den Rückständigen anerkannt werden. Nur die freien Gewerkschaften seien in der Lage, Wirkames für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu leisten. Die Entwicklung des Tarifvertrages schildert der Redner in seinen Ausführungen ebenfalls. In der Aussprache wurden zum größten Teil Lohnfragen aufgeworfen. Im Vordergrund der Diskussion standen die örtlichen Lohnverhältnisse. Im Schlußwort ging Kamerad Sauter auf die zu Tage getretenen Fragen ein und beantwortete die Anfragen zur Zufriedenheit der Anwesenden. Die Versammlung war ein voller Erfolg. Am Schluß konnten sechs Kameraden für den Verband aufgenommen werden. Dem Baugewerksbund traten vier Kollegen bei.

Kiel. (Jahresbericht.) Die im Vorjahre zu verzeichnende Besserung in unserm Berufe hat nicht standgehalten. Die Erwerbslosigkeit der Kameraden erreichte fast den Stand des Vorjahres. Die oftmals für Kiel prophezeigte Abwanderung oder Verminderung der Einwohnerschaft ist ebenfalls nicht eingetreten. Die Bevölkerungszahl stieg um 1036 auf 217037. Am 1. Januar 1928 zählte das Arbeitsamt 10385 und am 31. Dezember 13571 Erwerbslose, ein Zugang von 3186. Wenn auch ein Teil dieses Zugangs auf den Streik der Werftbetriebe zurückzuführen ist, so zeigen diese Zahlen doch Kiels schlechte Wirtschaftslage. Der Arbeitsnachweis registrierte 2486 Meldungen für Zimmerer, ein geringer Rückgang gegenüber dem Vorjahre, der auf die Unterbringung in andere Betriebe zurückzuführen ist. Die Höchstzahl der Erwerbslosen betrug im Januar 450, im Juli 118, im Dezember 252. In die Erwerbslosenstammrolle wurden 692 (701) Kameraden eingetragen. Hieron erhielten 510 (300) Kameraden für 13 189 (5881) Tage 20 667,50 M (8653,65 M) an Unterstützung. Nach den vorausgabten Freimarken feierten 223 (230) Kameraden das ganze Jahr hindurch. Die Baufähigkeit war gegen das Vorjahr keine bessere. Der reine Wohnungszugang betrug 705 (738). Die Gebrauchsnahmen, Abbruch, Umbau, Fabrik- und Geschäftshäuser, staatliche und sonstige Bauten betrugen 1030 (1058). Kiel leidet nach wie vor an einer drückenden Wohnungsnot. Der Fehlbetrag an Wohnungen beziffert sich noch immer über 6000. Keine eigene Wohnung besitzen 4983 Haushaltungen. In polizeilich verbotenen und gesundheitlich nicht einwandfreien Wohnungen hausen 1394 Mieter. Eine Erhebung im Monat Juli zeigt, daß nur die Hälfte der Kieler Zimmerer im Berufe Beschäftigung finden konnte. Der Mitgliederbestand betrug 926, einschließlich 127 Lehrlinge. Erwerbslos waren 118, invalide 49, beschäftigte Gesellen somit 632. In Werftbetrieben waren 108, in anderen Betrieben 77, so daß sich in beruflicher Tätigkeit nur 447 Zimmerer befanden, hiervon außerhalb des Lohngebietes 18, im Zahlstellengebiet Kiel 429. Ermittelt wurden 118 Betriebe, wovon 60 Baugeschäfte, 47 Zimmererbetriebe und 11 Beton- und Tiefbaugeschäfte waren. In 12 Geschäften waren am 14. Juli keine Zimmerer beschäftigt. Die Verwaltungsarbeit war wie im Vorjahr eine umfangreiche. 42 Mitgliederversammlungen, 34 Vorstandssitzungen, 2 Plakbdeputiertenitzungen, 2 Jugendtreffen, 2 Lichtbildervorträge, 5 Konferenzen waren neben einer Reihe sonstiger Verwaltungssitzungen erforderlich. In fast allen Versammlungen wurden Vorträge gehalten, die sich mit der Wirtschaftslage, den Berufsgesahren und den sozialen Gesetzen beschäftigten. Ein scharfer Protest wurde gegen die Ausnahmestellung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung erhoben. Eine Anzahl Sitzungen der Schlichtungskommission waren erforderlich, um Streitigkeiten aus dem bestehenden Verträge zu beheben, besonders in der Urlaubfrage, Lohnentschädigung für Schulfunden und Zuschlägen, die zu unsern Gunsten erledigt wurden. Mitarbeit wurde geleistet im Arbeitsgericht, Landesarbeitsgericht, Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts sowie in den Aufsichtsinstanzen unserer gemeinnützigen Betriebe. In unserer Jugendabteilung ist durch rastlose Arbeit ein außerordentlich guter Erfolg zu verzeichnen. Unsere Jugendgruppe umfaßte am Schluß des Jahres 121 Jungkameraden, gegen 146 zu Beginn. Die verminderte Mitgliederzahl ist auf den Rückgang der Lehrlingsziffer zurückzuführen. Wir haben nahezu alle Lehrlinge erfaßt. Auch von den Eltern wird anerkannt, daß von der Organisation durch den Jungzimmerer für die Ausbildung im Berufe viel geboten wird. Alle 14 Tage werden Heimabende abgehalten; mit Berufs- und Gewerkschaftsfragen, Lichtbildern und Vorlesungen werden diese Veranstaltungen ausgefüllt. Ferner werden vom Jugendkartell ebenfalls gewerkschaftliche Vorträge, Besichtigungen von Betrieben und Museen veranstaltet, die der Weiterbildung dienen, und an denen unsere Jungkameraden teilnehmen. Die Bauarbeiterschulungskommission kann auf eine mit Erfolg geleistete Arbeit zurückblicken. Bei der Tagesrevision ist im allgemeinen ein Entgegenkommen der aufsuchenden Personen am Bau zu verzeichnen. Wesentliche Mängel waren nicht zu verzeichnen und kleinere wurden sofort abgestellt. Distriktsweise finden in kleineren Abständen laufende Kontrollen aller Baustellen statt. Zu dem bestehenden Reichstarifvertrag wird von seiten der Arbeitgeber über die Untragbarkeit der wirklich wenig sozialen Bestimmungen, insbesondere der Ferienfrage, geschrieben. Die Praxis lehrt, daß in vielen Fällen langfristige Beschäftigte zur Entlassung kommen. In andern Fällen kommen Mitglieder um ihren Urlaub, weil in Witterungsverhältnissen die Entlassung zur Erlangung der gesetzlichen Erwerbslosenunterstützung erforderlich ist. Diese Fälle werden dann von den Unternehmern als Unterbrechung bewertet um den Ferienanspruch zu unterbinden. Auf Grund des Vertrags erhielten im Jahre 1927 von den Gesellen 133, von den Lehrlingen 78 Urlaub. Im Jahre 1928 erhielten 124 Gesellen und 70 Lehrlinge Urlaub. In den industriellen Betrieben wurde durchschnittlich ein sechstägiger Urlaub an 51 und im Jahre 1928 an 108 Kameraden gewährt. Unsere Werbetätigkeit ist auf die Probezeit beschränkt. In Schönberg ist es bisher nicht gelungen, die

zum Teil in landwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigten für die Organisation zu gewinnen; während im übrigen Gebiet sich die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft auf 100 % beziffert. Die Zugehörigkeit zur politischen Organisation und die Zahl der Leser der Arbeiterpresse können noch immer nicht befriedigen. Politisch organisiert waren im Jahre 1926 54 %, 1927 57 % und 1928 54 %. Letzterer Satz ist durch die Erhöhung der Mitgliederzahl gesunken. Leser der Arbeiterpresse waren im Jahre 1926 63 %, 1927 66 % und 1928 64 %. Von der Notwendigkeit der Genossenschaftsbewegung sind leider auch nicht alle Mitglieder durchdrungen. 1926 wurden 61 %, 1927 63 % und 1928 62 % als organisierte Konjumenten gezählt. Diese Zahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß auf diesen Gebieten noch recht viel zu leisten und nachzuholen ist. Für die Verbesserung unserer Lebenshaltung ist mit Erfolg gekämpft. Die Lohnerrhöhung betrug für Kiel, Außenförde und Dreeß 9 %, für Bordesholm, Voorde und Schönberg 8 % die Stunde. Für die einzelnen Bezirke gestalten sich die Stundenlöhne wie folgt:

	1. Januar bis 11. April	12. April bis 26. Sept.	27. September bis 31. März 1929
Kiel u. Außenförde ..	1,20	1,25	1,29 + 9
Dreeß	1,11	1,16	1,20 + 9
Bordesholm, Voorde			
Schöneberg	1,05	1,09	1,13 + 8

Die Löhne der Lehrlinge sind prozentual geregelt und betragen 15, 30, 45 und 60 % des Gesellenlohnes. Um die für die Lehrlinge erreichten Erfolge illusorisch zu machen, wurde von den Innungsmitgliedern des Arbeitgeberverbandes die 4jährige Lehrzeit eingeführt und in den Lehrverträgen ab 1929 ein Lehrgeld von 750 M erhoben. Dieses Lehrgeld soll vom Lohn gekürzt werden. Wir warnen dringend, derartige Lehrverträge zu unterschreiben die gegen den Tarifvertrag verstoßen. Der Reichstarifvertrag läuft am 31. März 1929 ab und wird das Vorgehen der Arbeitgeber den Abschluß eines neuen Vertrags unterbinden, wenn keine Sicherung gegen derartige Umgehungen geschaffen wird. Die Mitwirkung der Organisation bei Aufstellung der Lehrverträge muß erreicht werden. Unsere Beitragsleistung wurde der Lohnerrhöhung entsprechend gesteigert. Vom 1. Oktober an ist die Mitgliedschaft mit Familie dem Gemeinnützigen Bestattungs-Institut korporativ angeschlossen, wofür in dem geleisteten Beitrag ein Anteil von 10 % enthalten ist. Der Versammlungsbesuch war durchgehend als gut zu bezeichnen. Die vorgesehene Tagung des 25. Verbandstags in Kiel wurde von der Mitgliedschaft freudig begrüßt. Der Erfolg unserer Finanzgebarung wurde durch den Streik der Werftbetriebe stark beeinträchtigt und ist trotzdem als gut zu bezeichnen. Die Einnahme und Ausgabe der Zentralkasse betrug 71 170,29 M. Davon wurden in bar 17 590,79 M überwiesen. Der Markenumsatz betrug 46139 Stück, 887 vollzählende, dazu 47 Invaliden, ergibt 934 Mitglieder mit voller Pflichterfüllung. Bestand am Jahreschluß 941, Zunahme 31 Mitglieder. Die Einnahme der Lokalkasse mit dem Bestande aus dem Vorjahr in Höhe von 12 837,82 M betrug insgesamt 35 413,20 M. Die Ausgabe der Lokalkasse betrug 20 915,10 M. Einschließlich eines zuviel gesandten Betrages beträgt das Vermögen der Zahlstelle am Jahreschluß 15 117,10 M, die Zunahme im Jahr 2279,28 M. Wollen wir die notwendige Verbesserung unserer Lebenslage erreichen, wollen wir ertägliche Vertragsbedingungen schaffen, so ist die Mitarbeit und Teilnahme aller Kameraden am Ausbau unseres Verbandes erforderlich.

Lauban in Schlesien. (Jahresbericht.) Im verfloffenen Jahr 1928 war die Baufähigkeit nur mittelmäßig. Es waren auch aus diesem Grunde das ganze Jahr hindurch erwerbslos Kameraden vorhanden. Versammlungen wurden 13 abgehalten. Der Besuch war in den Wintermonaten gut, während er im Sommer als schlecht zu bezeichnen war. Die Agitation für unsern Verband konnte nur auf den Baustellen erfolgen und ist, da eine auswärtige Firma mit hiesigen Bauhandwerkern Wohnungsbauten ausführt, auch erfolgreich gewesen. Der Mitgliederbestand am Schluß des Jahres 1927 betrug 74 und am Schluß des Jahres 1928 93 Kameraden, davon 11 Lehrlinge. Eine Lehrlingsgruppe besteht nicht. Die Lehrlinge nahmen aber mit der örtlichen Jugendgruppe an dem Gaujugendtag auf Burg Hohnstein in Sachsen teil. Streitfragen über Arbeits- und Lohnverhältnisse waren nicht zu verzeichnen. Betreffs Bauarbeiterchuhes ist im hiesigen Gebiet der Zahlstelle noch vieles nachzuholen. Es ist Pflicht eines jeden Kameraden, an diesem Ziele mitzuarbeiten. Auch der Versuch, eine Ortsverwaltung der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer zu gründen, scheiterte, wird aber bei gegebener Zeit wieder aufgenommen werden. In dem in Schreiberhau im Riesengebirge abgehaltenen Funktionärkursus konnte unser Vorsitzender teilnehmen. Die Kassenverhältnisse sind als gut zu bezeichnen. Es betrug die Einnahme für die Zentralkasse 2051,85 M, Ausgabe 1086,35 M. Für die Lokalkasse betrug die Einnahme mit dem Bestande vom Jahre 1927 1098,60 M, Ausgabe 508,18 M. Bestand am Schluß des Jahres 1928 631,50 M. An alle Kameraden sei die Mahnung gerichtet, auch in diesem Jahre unsere Organisation hochzuhalten, und dies speziell durch regen Versammlungsbesuch zum Ausdruck zu bringen. Jeder muß sich dafür einsetzen, daß unsere Zahlstelle wachse, blühe und gedeihe.

Nürnberg. Werden und Wirken unseres Zentralverbandes war das Thema, das unsere außerordentliche Generalversammlung am 19. Februar beschäftigte. Auch der erste Punkt verkörperte ein Stück Wirken. Die Verwaltung, die in der am 27. Januar stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung gewählt wurde, demissionierte in ihrer darauffolgenden Sitzung. Dieser Rücktritt der Verwaltung war eine konsequente Handlung. Deshalb konsequent und auch objektiv, weil nach stattgefundener Wahl die Richtigkeit derselben angezweifelt wurde. Der Grund hierzu war gegeben, indem anwesende fremde Kameraden, von denen nur einer in der Zahlstelle angemeldet war, ihre Stimme mit in die Waagschale geworfen haben. Mit großer Majorität wurde jedoch dieselbe Verwaltung wiedergewählt. Anschließend daran gab unser Gauleiter, Kamerad Promm, einen Lichtbildervortrag über „Werden und Wirken unseres Zentralverbandes“. In mustergültiger

Art und Weise entledigte er sich seiner Aufgabe. Besonders verstand er es, den einzelnen Bildern die passende Erläuterung zu geben. Auch ließ er es an der nötigen Würze nicht fehlen, wo dies am Platze war. Mit Spannung wurde dieses Werk neuer gewerkschaftlicher Propaganda erwartet. Einst und jetzt wurde durch diesen Film so recht eingehend erwogen. Eine gewaltige Entwicklung liegt doch zwischen der primitiven Agitation von damals und der öffentlich besprochenen gewerkschaftlichen Arbeit von jetzt. Wer in den Gründungsjahren der Gewerkschaften Organisationsarbeit mit geleistet hat, wer in der Anfangszeit Agitation oder gar noch Hausagitation mitmachte, der denkt sicher fast wehmütigen Herzens an die damalige Zeit zurück. Unser Zentralverband stand damals mit leeren Händen da. Es mußte erst für Ziele gewonnen werden. In dem Film wurde uns begeistert so recht lebensfroh von sichtbaren Erfolgen gekrönte Gewerkschaftsarbeit von einst und jetzt vorgeführt. Wie es früher war und heute ist, kommt in plastischer Lebendigkeit durch einen derartigen Film zur Darstellung. In den ersten Bildern wurden die Gründer unseres Verbandes gezeigt und die Kameraden, die bis heute unserer Organisation als Vorführende vorgehtanden haben. Ebenso wurde die Inneneinrichtung sowie das ganze Wirken im Bureau, in der Verbandsabteilung, der Expedition des Verbandsorgans des „Zimmerer“ und „Jung-Zimmermann“, veranschaulicht. Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug von 1883 bis 1927 52 738 663 M., die Gesamtausgaben in derselben Zeit 47 903 513 M. In sozialen Unterfertigungen wurden seit dem Jahre 1906 bis 1927 12 892 617 M. ausgezahlt. Die Verwaltungskosten betragen in der Zeit von 1885 bis 1927 in den 947 Zahlstellen und im Zentralbureau 4 811 464 M. In diesen Beträgen liegen alle Ausgaben für Gehälter, Bureauentwässerungen, Mieten, Entschädigungen für ehrenamtlich tätige Zahlstellenfunktionäre und Beitragskassierer. Die Ausgaben für Wirtschaftskämpfe in derselben Zeit betragen 11 667 681 M., also die Ausgaben allein für Erwerbslosenunterstützung und Arbeitskämpfe betragen mehr als 50 % der gesamten Einnahmen; die Kosten der Gesamterwaltung dagegen nur 11,3 %. Auf lohnpolitischem Gebiet sei noch erwähnt, daß im Jahre 1885 bei einer Wochenarbeitszeit von 72 Stunden ein Wochenlohn von sage und schreibe ganze 10,80 M. gezahlt wurde. 1928 in der 48-Stunden-Woche 46,08 M., das ist eine Verkürzung der Arbeitszeit von wöchentlich 24 Stunden mit gleichzeitiger Erhöhung des Wochenlohnes um 35,28 M. oder 327 %, also um das Dreieinviertelfache. Gegenüber 1914 hat sich der Wochenlohn um fast 57 % erhöht. Im Jahre der großen Bauarbeiterausperrung 1909 auf 1910 erhöhte sich der Wochenlohn um 13 % bis zum Jahre 1925 um 14,50 M. In diesen zahlenmäßigen Ergebnissen lohnpolitischer Erfolge spiegelt sich bestimmt der Kampfcharakter unseres Verbandes. Wenn unsere Erfolge der letzten Jahre nicht befriedigend sind, weil sie durch die Lebenshaltungskosten ausgeglichen wurden, so soll man trotzdem den Verband nicht dafür verantwortlich machen. Bei sachlicher Beurteilung der Lage wird man feststellen und zu der Ueberzeugung gelangen müssen, daß die wahrhaft Schuldigen die große Zahl der Indifferenten sind. Ein Beweis hierfür ist die letzte Reichstagswahl. Von den rund 42 Millionen Wählern und Wählerinnen, wovon 80 % Lohn- und Gehaltsempfänger sind, vereinigen die beiden Parteien SPD. und KPD. sage und schreibe ganze 11 1/2 Millionen Stimmen auf sich. Nicht weniger als 30 Millionen wählten ihre eigenen Schlächter selber.

Plauen. Am 20. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung. Der Besuch hätte besser sein können. Vor Beginn der Tagesordnung wurde das Andenken des im letzten Quartal verstorbenen Kameraden in üblicher Weise geehrt. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Er führte aus, daß die Bauaktivität im Bezirk für den Zimmererberuf als nicht gut bezeichnet werden konnte. War doch ein großer Teil unserer Kameraden im Frühjahr gezwungen, nach auswärts in Arbeit zu treten, um die Anwartschaft zur Reichsarbeitslosenversicherung zu erfüllen. Redner streifte kurz die Ursachen, die im Baugewerbe zur Arbeitslosigkeit viel mit dazu beigetragen haben; der große Zustrom an Lehrlingen, die da glauben, im Baugewerbe ihre Zukunft zu finden. Zweitens die Kapitalknappheit Deutschlands. Der Finanzierung des Wohnungsbauprogramms stehen große Schwierigkeiten entgegen. Nach Berechnung haben im Jahre 1927 3 Milliarden Mark zur Verfügung gestanden, 1928 im günstigsten Falle 1 1/2 Milliarden Mark, dies bedeutet ein Minus von 1 1/4 Milliarden Mark. Ein großes Teil Schuld trägt die Politik des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, daß dem Bauplatz nicht die nötigen langfristigen Anleihen gegeben wurden. Redner streifte des weiteren die Lohnverhandlungen, die uns nicht das Gewünschte gebracht haben. Es trat eine Erhöhung von 5 und 3 % ein. Zu größeren Differenzen ist es in unserer Zahlstelle nicht gekommen, außer der Metallarbeiterausperrung, an der 20 Kameraden beteiligt waren. In der Ferien- und Lehrlingsfrage mußte die Schlichtungskommission in mehreren Fällen angerufen werden. Klagen vor dem Arbeitsgericht haben drei stattgefunden. Weiter behandelte der Vorsitzende die Agitation, die im Laufe des Jahres durchgeführt wurde; wenn sie auch nicht den gewünschten Erfolg brachte, so konnten wir aber doch einen großen Teil Kameraden dem Verbanne zuführen. Pflicht und Aufgabe eines jeden einzelnen Kameraden ist, bei Wiederaufnahme der Arbeit die Agitation weiterzuführen, das Wichtigste aber ist, auf allen Baustellen die allmonatliche Buchkontrolle durchzuführen. Im weiteren Verlauf gab der Vorsitzende den Kaspenbericht. Es wurde ihm auf Antrag der Revisoren einstimmige Entlastung erteilt. Zur Neuwahl der Ortsverwaltung wurden alle Vorstandsmitglieder bis auf den 2. Vorsitzenden, der verhindert war an der Versammlung teilzunehmen, wiedergewählt; als Delegierter zum Verbandstag wurde Kamerad Reifhaus gewählt. Nach Erledigung einiger Zahlstellenangelegenheiten fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Potsdam. In der Versammlung am 18. Februar wurde mitgeteilt, daß die Klage gegen den Unternehmer Bergholz zum Abschluß gelangt sei. Der in Frage kommende Unternehmer hatte unsern Vertrauensmann ungerech-

fertigterweise entlassen; dafür mußte der Unternehmer die Kosten von zirka 600 M. tragen. In Zukunft soll dafür gesorgt werden, daß in den Betrieben diese ungelunden Verhältnisse verschwinden. Längere Zeit nahm die Durchberatung der Anträge zu dem Verbandstag in Anspruch. Es wurde zur Frage des Sitzes des Verbandsausschusses, zur Invalidenversicherung und zu verschiedenen andern Fragen Anträge angenommen. Auch mit der Beitrags- und Unterstützungsfrage befaßte sich die Versammlung und nahm entsprechende Anträge an. Hierauf wurde auf die Reichsunfallverhütungswoche hingewiesen. Am 24. Februar und am 3. März sollen besondere Vorträge für das Baugewerbe stattfinden. Zum Abschluß der Veranstaltung findet am Sonntag, 3. März, eine Übung des Arbeiter-Samariter-Bundes Nowawes statt. Es wurde bedauert, daß die Kameraden dem Versammlungsleben so wenig Interesse entgegenbringen. Eine große Zahl erwerbsloser Kameraden hielt es nicht für nötig, die Versammlungen zu besuchen. Es wurde beschlossen, in Zukunft zu schärferen Maßnahmen zu greifen und die Kameraden zu veranlassen, die Versammlungen zu besuchen. In Zukunft sollen Bezirksversammlungen stattfinden und außerdem die vierteljährliche allgemeine Mitgliederversammlung. In das Pflichtgefühl der Funktionäre wurde besonders appelliert. Die nächste Versammlung findet Montag, 18. März, im Volkshaus in Potsdam statt.

Wernigerode. Am 24. Februar tagte im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. Eingehend wurde die Frage der Unfallverhütung besprochen. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß eine Versammlung stattfindet, in der Kollege Sachs vom ADGB über das Thema: „Unfallgefahren und Unfallverhütung“ referieren wird. Der Kartelldelegierte gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Ortsausschusses. Kamerad Höllge, Schönebeck, streifte in einem Referat über Bauarbeiterschutz alle wichtigen Fragen auf diesem Gebiet. Besonders eingehend behandelte der Redner die Verpflichtung der Unternehmer, Schutzvorrichtungen auf allen Baustellen anzubringen. Aber nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Kameraden müssen mithelfen, bestehende Mängel an den Baustellen zu beseitigen. Dem Bauarbeiterschutz müsse die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Anschluß hieran wurden noch einige lokale Angelegenheiten behandelt.

Wigenhausen. Am 16. Februar fand für unsere Zahlstelle in Hundelshausen eine Mitgliederversammlung statt, in der der Bauleiter, Kamerad Maul, einen Lichtbildervortrag über „Werden und Wirken unseres Verbandes“ hielt. Fast alle Mitglieder waren erschienen und einige Kameraden hatten auch ihre Frauen mitgebracht. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, wies Kamerad Maul einleitend darauf hin, daß das Leben und der Aufstieg der Arbeiterklasse in erster Linie von der Entwicklung der Arbeiterbewegung abhängen und sich daher auch die Frauen mehr als in der Vergangenheit für das Verbandsleben interessieren müßten. Ausgehend von dem Werden der Gewerkschaften im allgemeinen, schildert Kamerad Maul in ausführlicher Weise die Geschichte unseres Verbandes und legte dar, wie sich derselbe aus den kleinsten Anfängen zur heutigen einflussreichen Organisation durchgesetzt habe. Er erläuterte die einzelnen Bilder und behandelte eingehend die Entwicklung der Löhne und der Arbeitszeit im Verbandsgebiet. Heute hätten wir auf Grund des Reichsarbeitsvertrages überall tariflich geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen, es hätte aber im Verbanne jahrelanger opferreicher Kämpfe bedurft, um diese Verhältnisse zu schaffen. Für Aufklärung, Bildung, für Unterstützung bei Krankheit und Erwerbslosigkeit und für Lohn- und Arbeitskämpfe seien im Verbanne gewaltige Mittel aufgewendet worden, und nur auf diese Weise sei es möglich gewesen, im Kampfe um die Verbesserung der berufswirtschaftlichen Lage der Zimmerer Deutschlands, diese bedeutenden Erfolge zu erzielen. Mehr und mehr erkennen die Zimmerer, daß nur ein noch festerer Zusammenschluß aller im Berufe Tätigen allein dafür bürgt, daß weiter erfolgreich nach dieser Richtung gewirkt werden kann, und es sei daher notwendig, auch in unserm Zahlstellengebiet den letzten Unorganisierten für den Verband zu gewinnen. Mit der Aufforderung, daß alle Kameraden dabei mithelfen sollen, schloß Kamerad Maul seinen lehrreichen Vortrag.

Baugewerbliches

Berufliche Fortbildung der Hamburger Zimmerer. Strebsamen Hamburger Zimmerern ist Gelegenheit geboten, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens-Gewerbe-Lehranstalt, Hamburg, Steinbamm 81, bestehenden technischen Abendkurse, die es ermöglichen, ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit, sich in Theorie, Veranschlagen und Entwürfen auszubilden. In der Abteilung Hochbau wird unterrichtet über Holzkonstruktionen, Schiftungen, Steinkonstruktionen, Gewölbebau, Entwerfen von Etagenhäusern, Geschäfts-, Beamten- und Einfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschlagen und Bauführung, Eisenbetonbau usw. Der Unterricht ist viermal wöchentlich abends. Er besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden, und wird von Architekten, Ingenieuren und Landmessern erteilt, die Hochschulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtshalbjahr beginnt gegen Mitte April. Programme und Auskunft täglich abends von 6 bis 8 Uhr in der Lehranstalt, Steinbamm 81. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine gute theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei hiermit auf die Lehranstalt hingewiesen.

Gewerkschaftliches

Wie die Arbeiterbank ihren Aufstieg fortsetzt. Wer hätte es gedacht, daß, als die Arbeiterbank in den bescheidenen Räumen des Gewerkschaftshauses im Jahre 1923

errichtet wurde, dieses Institut eine so glänzende Entwicklung durchmachen würde. Heute zählt die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G. zu der Gruppe großer Finanzierungsinstitute, die als Konfortium bei Auflegung der Anleihen des Reiches, der Staaten und Kommunen auftritt. Der Aufstieg der Arbeiterbank geht aus dem Geschäftsbericht für das verlossene Jahr besonders deutlich hervor. Dies ist aus nachstehenden Angaben ersichtlich: „Das Aktienkapital wurde 1928 von 4 auf 12 Millionen Mark erhöht. Die offenen Reserven stiegen von 0,65 auf 1,10 Millionen Mark. Die Einlagen erhöhten sich von 79 auf 117 Millionen Mark und der Umsatz von 1350 auf 2036 Millionen Mark. Die Sparkasseneinlagen haben sich mehr als verdoppelt. Im Vorjahr wurde eine neue Filiale in Bochum errichtet. Filialen bestehen weiter in Bremen, Breslau, Dresden, Frankfurt am Main und in Hamburg. Daneben sind noch 36 Zahlstellen im Reiche vorhanden, so daß die Fäden der Arbeiterbank sich über das ganze Reich erstrecken. Die Gelder der Arbeiterbank sind äußerst sicher angelegt. Ein großer Teil, nämlich 51,60 Millionen Mark, sind für alle Fälle sofort greifbar angelegt. Wobin die Gelder der Arbeiterbank fließen, geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Kredite waren gewährt am 31. Dezember 1928:

an öffentlich-rechtliche Institutionen	43,69 %
und zwar an	
staatliche Stellen	4,22 %
provinzielle Stellen	5,90 %
Kommunalverbände	27,29 %
Kommunale Wirtschaftsbetriebe	4,20 %
Sozialversicherungsinstitute	2,08 %
an Betriebe und Organisationen der Arbeiter	53,58 %
und zwar an	
Bauherrenorganisationen	23,64 %
Bauproduktionsbetriebe	1,16 %
andere Erzeugungs- und Verteilungsbetriebe	28,78 %
an sonstige Kreditnehmer	2,73 %
Zusammen	100,00 % 100,00 %

Diese offene Darlegung der Geschäfte ist ein Beweis dafür, daß die Arbeiterbank nichts zu verbergen hat, und es zu begrüßen wäre, wenn die privaten Banken ihre Karten in der gleichen Weise offen auf den Tisch legen würden. Die obige Zusammenstellung zeigt aber auch, daß 44 % der Gelder absolut sicher angelegt sind und daß weitere 54 % den Betrieben und Organisationen der Arbeiter zugesprochen sind. Ein Beweis dafür, auf welche Weise den Arbeiterinteressen gedient werden kann. Durch die Kreditgewährung der Arbeiterbank konnte die Errichtung von 8650 Wohnungen wesentlich gefördert werden. Der Wohnungsbau erhielt eine weitere Förderung dadurch, daß die Arbeiterbank im verlossenen Geschäftsjahr die Mehrheit der Hannoverischen Bodenkredit-Bank an sich brachte. Dadurch war eine gute Anlagemöglichkeit für die Gelder der Arbeiterschaft gegeben. Die Generalversammlung der Arbeiterbank hat bereits gefaßt und die Bilanz mit der Gewinn- und Verlustrechnung einstimmig genehmigt. Aus dem 1 060 508 M. betragenden Reingewinn (im Vorjahre 903 875 M.) wurden wiederum 10 % Dividende verteilt. Aktionäre der Arbeiterbank sind die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Parteibetriebe, Krankenkassen und sonstige gemeinnützige Institute. Die Arbeiterbank kann über die Entwicklung ihres eigenen Bankinstituts erfreut sein.

Der Reichsarbeitsminister als Ehrendoktor. Dem Reichsarbeitsminister Wissell ist zu seinem 60jährigen Geburtstag von der Universität Kiel der Ehrendoktor der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät verliehen worden. In der Urkunde heißt es unter anderem: „Diese Ehrung gilt . . . dem Sohne des Volkes, der in jähem Ringen zur Führung emporstieg, dessen Denken und Handeln darauf gerichtet ist, durch organische Wirtschaftserneuerung die Idee einer Gemeinschaft aller Schaffenden zu verwirklichen . . .“ Eine solche Ehrung, wie sie dem Genossen Wissell zu seinem 60. Geburtstag zuteil wurde, beruht letzten Endes auf dem Vertrauen der Millionen Hand- und Kopfarbeiter. Wir hoffen zuversichtlich, daß dieses Vertrauen auch in Zukunft durch energisches Eintreten des Reichsarbeitsministers für die Rechte der Arbeiter und Angestellten erhalten bleibt.

Sozialpolitisches

Der Kampf um die sozialpolitischen Errungenschaften. Es ist kein Zweifel, daß sich der Kampf um die sozialpolitischen Errungenschaften immer mehr zuspitzt. Die Unternehmerverbände haben durch eine geschickte Beeinflussung der bürgerlichen Presse den Boden für einen Generalangriff auf die gesamte Sozialpolitik vorbereitet. In welchem Zusammenhang es auch sei; immer wieder liest das staunende Publikum, daß die verpönte Sozialpolitik an allem Unglück die Schuld hat. Nach Meinung dieser Leute hätten wir mit einer Wirtschaftskrise überhaupt nicht mehr zu rechnen, wenn die sogenannten sozialen Lasten erleichtert, das verpönte Schlichtungsverfahren und andere Fürsorgemaßnahmen gegen die schrankenlose Willkür des Unternehmertums verschwinden würde. Es gilt, dieses Spiel zu durchschauen und zur Gegenoffensive zu rufen. Eine aktive Sturmkolonne für das Unternehmertum ist der Hansabund. Bereits früher hat er mit Denkschriften die Deffektivität bombardiert, in denen in schärfster und demagogischer Weise gegen die Sozialpolitik gehetzt wurde. Neuerdings wird von diesem famosen Bund wiederum eine Denkschrift verbreitet, die zu den Skuervorlagen der Regierung Stellung nimmt. Bekanntlich verkröchen sich die bürgerlichen Parteien hinter allerhand Ausreden, wenn sie vom Reichsfinanzminister aufgefordert werden, positive Vorschläge zur Deckung des Fehlbetrages im Reichsetat zu machen. Nun ist der Hansabund in die Bresche gefsprungen mit einem Vorschlag, der eine Ersparung von 490 Millionen Mark an Ausgaben vorsieht. Der größte Teil dieser Sparvorschläge entfällt auf das Reichsarbeitsministerium mit 220

Millionen Mark. Die fortwährenden Ausgaben der allgemeinen Finanzverwaltung (Steuerüberweisungen) sollen mit 69 Millionen Mark, die des Reichswehrministeriums mit 35 Millionen Mark und die des Verkehrsministeriums mit 17 Millionen Mark gekürzt werden. Bei den einmaligen Ausgaben sollen 51 Millionen Mark, darunter 12,4 beim Reichswehrministerium und 10,6 beim Verkehrsministerium abgetrichen werden.

Man muß sagen, daß der Hansabund aufs Ganze geht. Bei den Streichungen der Ausgaben des Reichsarbeitsministers handelt es sich um folgende: Durch Aufhebung des § 205 d der Reichsversicherungsordnung soll das Reich von der Leistung des Zuschusses zur Familienwochenhilfe befreit, der dafür eingestellter Betrag von 32 Millionen Mark gestrichen und den Krankenkassen auferlegt werden. Ferner soll aus dem Reichshaushalt die Summe von 163,9 Millionen Mark gestrichen werden, die das Reich der Invalidenversicherung zur Befriedigung von Rentenansprüchen zu zahlen hat. Darüber hinaus sollen 20 Millionen Mark Reichszuschüsse zur Invalidenversicherung (Pauschalbeiträge) gestrichen werden. Bei der Krisenfürsorge und der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge schlägt der Hansabund die Kürzung des Etats in Höhe von 175 Millionen Mark um 55 Millionen Mark vor. Man bedenke, daß der Arbeitsmarkt sich zur Zeit in einer Lage befindet, wie noch niemals zuvor. Der Hansabund leitet eine Großzügigkeit in dieser Frage von der Meinung her, daß die Einleitung einer umfassenden Neuorientierung auf dem Gebiete des Steuer- und Finanzwesens zu einer starken Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft und somit zu einer Entspannung des Arbeitsmarktes führen würde. Wüßte man nicht, daß die Herren des Hansabundes quieschvergnügt auf Erden wandeln, so könnte man annehmen, daß sie auf dem Monde leben. Es gehört schon eine große Unkenntnis über die Antriebskraft der Wirtschaft dazu, wenn man annimmt, daß durch die Ersparnis der sozialpolitischen Ausgaben eine ungeheure Blütezeit der Wirtschaft eintreten würde.

Die Denkschrift des Hansabundes, das tägliche Trommelfeuer in der Presse, die Kampfmaßnahmen der Unternehmerverbände und vieles andere bietet den entscheidenden Hintergrund für die große Offensive, die man gegen die Arbeiterklasse einzuleiten bemüht ist. Da eine Reichsregierung mit einem sozialistischen Einschlag vorhanden ist, hält man einen energischen Vorstoß an geeigneten Stellen. Die Arbeiterkraft muß sich darüber klar sein, was sie zu tun und zu lassen hat. In der Sozialpolitik darf es kein Zurück geben. Die Errungenschaften auf diesem Gebiete sind das Ergebnis einer jahrzehntelangen Gewerkschaftsarbeit. Deshalb ist schärfster Widerstand und nötigenfalls eine energische Gegenoffensive am Platze.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege

Der Lehrling in der Arbeitslosenversicherung. Im „Zimmerer“ Nr. 7 dieses Jahres brachte der Artikel „Die Arbeitslosigkeit unserer Lehrlinge“ ein erschütterndes Bild über die Unterfütterung der Lehrverträge, die vom Zentralvorstand vorgenommen wurde. In über 30 % der unterfütterten Lehrverträge waren Bestimmungen enthalten, die nur zu gewissen Zeiten eine Beschäftigung gewährleisten. Die meisten Bestimmungen lauteten etwa: „In den Wintermonaten und bei schlechter Witterung kann der Lehrling Anspruch auf Beschäftigung nicht erheben.“ Mit allen Mitteln muß danach gestrebt werden, daß derartige Abmachungen in neu abzuschließende Lehrverträge nicht mehr aufgenommen werden. Wir müssen unbedingt von den Unternehmern verlangen, daß sie ihre Lehrlinge auch in den Wintermonaten voll beschäftigen. In einem Zimmererbetrieb, der nicht auf Lehrlingszucht eingestell ist, und diese werden ja durch die Festsetzung der Lehrlingslöhne im Tarifvertrag immer weniger, ist es sehr gut möglich, die Lehrlinge im Winter, sei es durch Instandsetzungs-, Aufbaumungs-, Modellier- oder Vorratsarbeiten, voll zu beschäftigen. Immerhin können auch da, selbst bei Unternehmern mit gutem Willen, es gibt solche, wenn sie auch rar sind, sich Schwierigkeiten ergeben. Das beweist uns gerade recht deutlich der jehlige Winter. Gerade in derartigen Fällen, wo überhaupt keine Arbeitsmöglichkeit mehr vorhanden ist, sollte die Arbeitslosenversicherung durch Unterstützung helfend eingreifen. Wie geschieht das in der Praxis?

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, kurz AAVG, vom 16. Juli 1927 besagt nun in seinem § 74 Abs. 1 Satz 1: „Versicherungsfrei ist die Beschäftigung auf Grund eines Lehrvertrags von mindestens zweijähriger Dauer.“ Der Abs. 3 desselben Paragraphen sagt dann: „Die Versicherungsfreiheit erlischt sechs Monate vor dem Tage, an dem das Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet.“ Dieser Paragraph im AAVG will also die Wirtschaft nicht belasten, wenn eine Gefahr auf Arbeitslosigkeit nicht besteht, er will andererseits aber auch, und das besagt der Abs. 3 ausdrücklich, den Versicherungsfreien vor der Not der Arbeitslosigkeit schützen, und ist deswegen 6 Monate vor Ablauf der Lehrzeit die Versicherungsfreiheit beendend, damit der Lehrling bei eventueller Arbeitslosigkeit nach Beendigung der Lehrzeit in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung kommt.

Der Gesetzgeber hat offenbar nicht damit gerechnet, oder es nicht anerkennen wollen, daß eine Lehrzeit auf längere Zeit unterbrochen werden kann. Dem stehen aber die Arbeitsgerichtsentscheidungen der letzten Zeit gegenüber, die bei oben genannten Bestimmungen im Lehrvertrag den Unternehmern gestatten, die Lehrlinge im Winter ohne Entschädigung aussetzen zu lassen. — Obwohl also der Gesetzgeber gewissermaßen den Lehrlingen besonderen Schutz angedeihen ließ, indem sich die Lehrlingslöhne durch unnötige Beitragspflicht nicht erniedrigten, ist in der Praxis aus dem Schutz in vielen Fällen das Gegenteil geworden. Der Lehrling, der im Winter auf Geheiß des Meisters ohne Entschädigung feiern muß, steht nun in dieser Zeit ohne irgendwelche Mittel da. Es braucht wohl nicht erst darauf hingewiesen zu werden, wie sehr die Eltern recht oft

auf den geringen Verdienst der Lehrlinge angewiesen sind. Schon diese Lasten allein sollte genügen, um detartige Uebel abzuändern.

Der Beschlußsenat des Reichsversicherungsamts, der sich am 17. Oktober 1928 mit der Versicherungsfreiheit der Lehrlinge beschäftigte, stellte in einer Entscheidung fest: „Die in den Lehrvertrag für solche Lehrlinge aufgenommene Bestimmung, daß das Lehrverhältnis nach Ablauf der Probezeit vorzeitig gelöst werden kann, wenn der Lehrherr gezwungen ist, den Betrieb ganz oder teilweise einzustellen, hat zur Folge, daß Versicherungsfreiheit nach § 74 Abs. 1 AAVG nicht besteht.“

Wenn der Beschlußsenat nur einen Schritt weiter gegangen wäre, hätte er ohne weiteres dazu kommen müssen, daß auch da, wo das Lehrverhältnis längere Zeit unterbrochen werden kann, die Versicherungsfreiheit nicht mehr besteht. Wir bedauern außerordentlich, daß das wiederum unterblieben ist.

Zu welchen Mißständen die heutige Auslegung des § 74 AAVG in der Praxis führen kann, beweist folgendes Beispiel: Ein Zimmerlehrling, der am 1. April 1929 die Lehre beendet hat, wird am 1. Oktober 1928 versicherungspflichtig, damit er nach Beendigung der Lehrzeit bei eventueller Arbeitslosigkeit in den Genuß von Arbeitslosenunterstützung kommt. Dieser Lehrling hat in seinem Lehrvertrag die Bestimmung, daß er im Winter auf Geheiß des Meisters feiern muß. Am 1. Oktober meldet der Meister ihn zur Arbeitslosenversicherung an, am 15. Dezember muß er schon wegen Eintretens von starkem Frost aussetzen. Es ist noch nicht abzusehen, wann der Meister den Lehrling wieder einstellt, aber nehmen wir an, am 15. März nimmt er seine Tätigkeit wieder auf. Der Meister entläßt ihn am 10. April und der jehlige Geselle meldet sich arbeitslos. Was dann? Kommt er in den Genuß von Arbeitslosenunterstützung oder nicht? — Man kann ruhig behaupten, nicht ein Drittel der Arbeitsämter wird diesem jungen Menschen

Entlassungsschutz ohne Betriebsvertretung ist undenkbar, deshalb wählt Bau- und Platzdelegierte!

die Arbeitslosenunterstützung zuprechnen, aus dem einfachen Grunde, weil nicht für 26 Wochen Beiträge entrichtet worden sind, obwohl nach § 95 AAVG. endgültig maßgebend die Beschäftigung, und nicht etwa die Bezahlung der Beiträge ist. Dieses eine Beispiel ist nicht etwa konstruiert, sondern derartige werden wir zu Hunderten wahrnehmen können. Wir fordern deshalb mit allem Nachdruck, daß die himmelschreiende Ungerechtigkeit beseitigt wird, und daß in sämtlichen Betrieben, die heute unter die Sonderunterstützung fallen, die Versicherungsfreiheit für die Lehrlinge aufgehoben wird.

Hermann Schinkel.

Die deutsche Krankenversicherung im Jahre 1927.

Der amtlichen Statistik über die deutsche Krankenversicherung im Jahre 1927 seien folgende Zahlen entnommen: Im Jahre 1927 betrug die Zahl der im Durchschnitt tätigen Krankenkassen insgesamt 7461. Es waren dies: 2148 Ortskrankenkassen, 428 Landkrankenkassen, 4041 Betriebskrankenkassen, 812 Innungskrankenkassen und 32 Knappschaftskrankenkassen. Stellt man hierzu fest, daß im Jahre 1913 (vor Einführung der Reichsversicherungsordnung) nicht weniger als 21 342 Krankenkassen bestanden, so bekommt man ein Bild davon, welchen großen Fortschritt die Zentralisierung auf dem Gebiete der Krankenversicherung gemacht hat. Womit allerdings noch lange nicht gesagt sei, daß heute nun alle kleinen und leistungsunfähigen Kassengebilde verschwunden sind. Es gibt deren noch sehr viele. An Mitglieder zählen obige 7461 Kassen:

Ortskrankenkassen	13 227 000
Landkrankenkassen	2 034 000
Betriebskrankenkassen	3 388 000
Innungskrankenkassen	520 000
Knappschaftskassen	789 000

Zusammen: 19 958 000

Es sind also in Deutschland rund 20 Millionen Einwohner gegen Krankheit durch die reichsgesetzliche Krankenversicherung versichert. Rechnet man hierzu noch die Millionen, die als Familienangehörige der Mitglieder ebenfalls Rechtsansprüche an die Versicherungsträger haben, so kommt man zu der Feststellung, daß weit über die Hälfte aller Einwohner Deutschlands von diesem Versicherungszweig betreut wird. Interessant ist, daß zwar an Zahl nach die Betriebskrankenkassen überwiegen, der Mitgliederzahl nach sind jedoch die Ortskrankenkassen vorherrschend. Der Krankenbestand war im Berichtsjahre sehr ungesund. Es wurden nicht weniger als 10,9 Millionen mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle gezählt (im Vorjahre 8,8 Millionen). Krankengeld wurde für insgesamt 257,3 Millionen Tage gewährt. Die Gesamteinnahmen der Krankenkassen betrugen 1 680 939 000 M. Auf ein Mitglied entfielen im Jahre 1927 je 82,5 M. Beitragseinnahmen (gegen 74,4 M. im Jahre 1926). Die Ausgaben betrugen 1 579 833 000 M. Auf ein Mitglied entfielen 79,16 M. gegen 69,22 M. im Vorjahre. Unter den Ausgaben haben die Aufwendungen für die Krankenhilfe die beträchtlichste Steigerung aufzuweisen. Sie haben um 20,4 % zugenommen. Die Arztkosten betrugen nicht weniger als 342,7 Millionen Mark. Für die Wochenhilfe wurden 73 534 000 M. aufgewendet. Sterbegeld wurde im Gesamtbetrage von 17 765 000 M. gezahlt. Die Verwaltungskosten verschlangen 103 201 000 M. Entsprechend dem Geburtenrückgang hat sich die Zahl der Wochenhilfsfälle vermindert, die aufgewendeten Beträge haben sich jedoch infolge erhöhter Leistungen vermehrt. Im Durchschnitt kamen auf einen

Sterbefall im Berichtsjahre 104,06 M. Sterbegeld. Im Vorjahre betrug die Durchschnittssumme des Sterbegeldes 95,37 M. Die Verwaltungskosten sind erfreulicherweise zurückgegangen. Während sie im Jahre 1926 einen Hundertsatz von 6,9 der Gesamtausgaben beanspruchten, waren es im Jahre 1927 nur 6,5 der Gesamtausgaben. Wichtig ist, daß infolge der gesteigerten Inanspruchnahme die Kassen vielfach nicht in der Lage waren, die gesetzliche Rücklage zu erübrigen. Nach der Reichsversicherungsordnung haben die Kassen jährlich 5 % ihrer Beitragseinnahme der Rücklage zuzuführen. Nach der Berechnung müßte deshalb die Rücklage im Berichtsjahre um 82,4 Millionen Mark erhöht worden sein. Die Gesamtücklage ist jedoch nur um 66,3 Millionen Mark gestiegen. Die gesamten Rücklagen der Krankenkassen betrugen am Ende des Berichtsjahres 282,5 Millionen Mark. Sie waren demnach von der durch das Gesetz angeordneten Höhe (Betrag der Jahresausgabe je nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre) noch sehr weit entfernt. Sie müßten nach dem Willen des Gesetzgebers am Schlusse des Berichtsjahres 1177 Millionen Mark betragen haben. Auf je 1000 Mitglieder kamen im Berichtsjahre sechs Sterbefälle. Auf je 100 Mitglieder 3,9 entschädigte Fälle von Wochenhilfe (im Jahre 1926 waren es 4,2 Wochenhilfsfälle.) Krankheitsstage, die mit der Zahlung von Krankengeld verbunden sind, entfielen auf ein Mitglied im Jahre 1927 durchschnittlich 12,4 gegen 11,5 im Vorjahre.

Im großen und ganzen ist zu den Zahlen zu sagen, daß die Krankenversicherung nicht nur in bezug auf den Mitgliederstand, sondern auch in bezug auf ihre Leistungsfähigkeit wiederum Fortschritte gemacht hat. Wenn auch die Zunahme der entschädigungspflichtigen Unterstützungsfälle, die im Jahre 1928 noch weiterhin beträchtlich angehalten hat, noch nicht zu irgendwelchen Besorgnissen Anlaß gibt, so ist sie doch mit Aufmerksamkeit zu verfolgen. K—s.

Literarisches

„Kommunale Praxis“, Heft 8: Wilhelm Keil, Steuervereinfachungsgesetz und Finanzausgleich. Die Schrift enthält einen Vortrag, den der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Keil auf einer Konferenz der Steuerfachmänner der Sozialdemokratischen Partei im Januar 1929 gehalten hat. Dem Zweck dieser Konferenz entsprechend, enthält der Vortrag nicht nur Darlegungen über die Entstehungsgeschichte, den Zweck und den Inhalt des sehr umfangreichen Steuervereinfachungsgesetzes, sondern gibt darüber hinaus auch eine ins einzelne gehende kritische Darstellung der Haltung der Sozialdemokratie dazu. In dem Vortrag sind außerdem Darlegungen über die Bedeutung und den Inhalt des Finanzausgleichs sowie über die Neuregelung des Etats für 1929 enthalten. Den Schluß des Vortrags bilden 10 Schlussfolgerungen, die als die Mindestforderungen der Sozialdemokratie bei diesem großen Gesetzgebungsakt angesehen werden können. Für alle diejenigen, die sich mit den Problemen von Ländern und Gemeinden beschäftigen, stellt die Schrift eine unentbehrliche Informationsquelle über das Steuervereinfachungsgesetz und die Stellung der Sozialdemokratie dazu dar. Die Schrift ist zum Preis von 30 S. durch den Verlag J. S. W. Dieb Nachf., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

„Teri“ Ein Roman von Komaromi. Es ist sehr schwer, etwas über diesen Roman zu schreiben. Er gleicht einem Gedicht aus Zärtlichkeit, Wehmüt, süßer Freude und unendlicher Liebe, und man fühlt, eine Beschreibung ist fast unmöglich, es sei denn, daß man sich nicht scheut, Empfindungen mit baren Worten zu fassen. Ein „Liebesroman“ also? Ja, der Roman einer Liebe. Sein Schauplatz ist dort, wo sich russische Melancholie, polnische Leidenschaft mit ungarischem Temperament und rauchem Verzagen treffen. Den Roman, den die „Büchergilde Gutenberg“, Berlin, als vornehm ausgestatteten 3-M-Band herausbringt, hat Alexander Sacher-Masoch aus dem Ungarischen überetzt. Sacher-Masoch ist nicht nur der Enkel eines berühmten Dichters, nicht nur der Erbe eines unsterblichen Namens, er ist selbst ein Dichter und weiß, was es heißt, einen so feinen und zärtlichen Poeten wie Johannes Komaromi zu übersetzen. Der ersten deutschen Uebersetzung eines Komaromi wurde mit einem Nachwort zu „Teri“ ein Triumphbogen gebaut, durch den hoffentlich noch viele Romane dieses ungarischen Erzählers in die Bewunderung und Liebe der deutschen Leserschaft einziehen.

Sterbetafel.

- Berlin. Am 10. März starb unser Mitglied, der Kamerad **Wilhelm Stettinisch**, Bezirk 1, im Alter von 74 Jahren infolge eines Unfalles. — Am 11. März starb unser Mitglied, der Jungkamerad **Erwin Bergemann**, Bezirk 39, im Alter von 17 Jahren an Stirnhöhlerweiterung.
- Quisburg. Am 28. Februar starb unser treuer Kamerad **Wilhelm Schenkel** im Alter von 58 Jahren an Magenkrebs.
- Gotha. Am 1. März starb unser Kamerad **Berthold Schröder** im noch nicht vollendeten 41. Lebensjahr an Bajedowscher Krankheit.
- Gumbinnen. Am 2. März starb unser Kamerad **August Dahms** im Alter von 64 Jahren an Krebs.
- Halle a. d. S. Am 9. März starb unser Mitglied **Otto Weiso** im Alter von 60 Jahren an Herzschwäche.
- Köln. Am 5. März starb unser Kamerad **Alois Heinzmann** aus Lauingen im Alter von 20 Jahren an den Folgen eines Straßenunfalls.
- Neugersdorf. Am 3. März starb unser Kamerad **Paul Teubert**, Cibau, im Alter von 25 Jahren infolge Gehirnentzündung.
- Neuruppin. Am 5. Februar starb unser Kamerad **Hermann Neye** im Alter von 69 Jahren an Altersschwäche.
- Quersfurt. Am 15. Februar starb unser Kamerad **K. Thiels** im Alter von 68 Jahren an Grippe.
- Saarbrücken. Am 3. März starb unser Kamerad **Josef Uhl**, Bezirk St. Ingbert, im Alter von 31 Jahren an den Folgen einer im Weltkrieg zugezogenen Gasvergiftung.

Ehre ihrem Andenken!

Johannes Jasiak, Zimmerer, wird ersucht, seine Adresse an **Karl Uhl**, Zimmerer, Stuttgart, Röntgenstraße 4, zu senden. Ebenfalls werden die Kameraden, die seine Adresse wissen, ersucht, Mitteilung zu machen. [3,75 M]